

Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Fringsgeld.
Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Rüste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 40 Z.
Bergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 Z.
Versammlungsanzeigen 10 Z. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Schrenpflicht jedes reisenden Kollegen ist, von Cassel, Plauen, Posen u. Schwerin fernzubleiben.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern nach Grünstadt in der Pfalz, Höchst a. M., Neuruppin, Kellheim im Taunus, Rowawes-Neuenborn, Lissit (W. Schulz), Burgen (Strell), Habersleben, Kolberg (Weller & Maas), Aschaffenburg, Glauchau (Schubel), Halle (Schäble), Anklam (Faschob);
- Tischlern und Maschinenarbeitern nach Mühlborn am Inn und Neuforg (Kempf & Selger);
- Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Ottenen (Hahn & Witte);
- Gummbrechslern nach Weisenfels (Rabele);
- Stuhlbauern, Drechslern und Polierern nach Preussisch Holland (Dhlschlager & Co.), Neuhausen (Stuhl-fabrik G. Seiser);
- Korbmachern nach Corbetha, Dranienburg (Fr. Fehner);
- Drechslern nach Altona (Maas), Hainichen;
- Bechern, Bürsten- und Pinselmachern nach Lauterberg a. S. (Kaufmann).

Ausland.

- Schweden: Von Korbmachern nach Bärstorf (Sjögfabrik).
- Schweiz: Von Schreibern nach Bern.
- Oesterreich: Von Schreibern nach Trieste.

Die Entscheidung des arbeitenden Volkes.

Die Würfel sind gefallen. Am 16. Juni hat das arbeitende Volk sein Urteil über die Brotwucherer und deren reaktionären Anhang gefällt. Mehr als drei Millionen Männer haben am Tage der Hauptwahl ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der bisherigen Arbeitervertreter erklärt und die Politik der Lebensmittelpartei verurteilt. 56 sozialdemokratische Abgeordnete sind im ersten Gang gewählt. 17 Kreise wurden neu gewonnen und zwei gingen verloren. In einer Anzahl von Wahlkreisen fehlten den Sozialdemokraten nur wenige Stimmen an der Majorität. In 122 von 184 Stichwahlen kamen sie am 26. Juni in Stichwahl. Allen voran ging Sachsen, das Land, in welchem seit Jahren das arbeitende Volk entrechtet und der Polizeiwilfür überantwortet ist. Aller Groll hat sich am 16. Juni gegen die Entrechtungspolitik der Regierung entladen. 18 Sozialdemokraten wurden im ersten Wahlgang gewählt. Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in Sachsen beträgt über 150 000. In den übrigen fünf Wahlkreisen wurden in der Stichwahl noch 4 Sozialdemokraten gewählt, darunter auch unser Kollege Schöpflin, nur ein Wahlkreis blieb dem Ordnungsbreier erhalten; dieser erlor sich einen Antisemiten, welcher im Reichstage Zeuge sein soll, daß Sachsen noch nicht völlig rot ist. In der Reichshauptstadt sind fünf Sozialdemokraten gewählt, darunter unser Ausschußvorsitzende Kollege Robert Schmitt. Im ersten Wahlkreis rang Dr. Leo Arons in der Stichwahl mit dem letzten Kämpfer des Freisinn in Berlin um die Palme; leider ist Arons mit circa 400 Stimmen unterlegen. Das Mehr an Stimmen in Berlin gegen 1898 beträgt 67 000. Die drei Hansestädte gehören jetzt der Sozialdemokratie; Bremen, das schon früher einmal der Sozialdemokratie gehörte, dann aber von einem Nationalliberalen vertreten wurde, ist wieder zurückerobert. Desgleichen Kiel, das gleichfalls

1895 bis 1898 durch Kollegen Begien vertreten war. In der Stichwahl ist dann noch die nördlich gelegene größere Hafenstadt Schleswig-Holsteins, Flensburg, hinzugekommen, so daß jetzt neun Wahlkreise des Nordwestens, zusammen mit den Hansestädten Hamburg und Lübeck, einen der Sozialdemokratie gehörenden zusammenhängenden Komplex bilden. Im zehnten Wahlkreis wurde unser Kollege Besche gewählt und aus Flensburg der Antisemit, Porzellanmaler Naab, hinausgewimmelt.

Von ganz besonderer Bedeutung ist der Stimmengewinn im Ruhrgebiet. In Essen allein, wo den Arbeitern vor kurzem geraten wurde, das Tischloch zwischen sich und den Führern der sozialdemokratischen Partei zu zerschneiden, stieg die Stimmengahl von 4000 im Jahre 1898 auf 24 000 in diesem Jahre. Das ist eine deutliche Antwort auf jenes Anfinnen, und man kann nur wünschen, daß sie verstanden wird. Auch in Schlesien, allwo der Wunsch nach dem „schlichten Mann aus der Werkstatt“ laut wurde, hat die sozialdemokratische Stimmengahl gewaltig zugenommen. Im Ruhrgebiet sind in der Stichwahl die Gewerkschaftsführer Bömelburg und Hux gewählt; auch unser Kollege Meißt zieht wieder ein ins Parlament. In Württemberg sind die beiden bisherigen Mandate Stuttgart und Ehlingen behauptet, in der Stichwahl 2 neue erobert. In Bayern ist in der Zahl der Mandate keine Veränderung eingetreten. München I wurde in der Stichwahl zurückerobert und Fürth ging leider verloren. Der verlorengegangene heftige Wahlkreis Offendach ist durch den zurückeroberten Kreis Mainz kompensiert, Pforzheim Karlsruhe und Darmstadt sind behauptet.

Auch die sibirischen Kleinststaaten haben ihren Bestand nicht nur behauptet, sie haben noch den Kreis Altenburg hinzugewonnen. In Mecklenburg, dem Lande der Rechtslosigkeit, hat sich die Stimmengahl bedeutend erhöht, jedoch ist außer Rostock kein Kreis gewonnen. In mehreren Kreisen waren aussichts-volle Stichwahlen, an denen auch zwei unserer Kollegen (Grosse und Litz) beteiligt waren. Schwerin ist mit nur 24 Stimmen in der Stichwahl unterlegen. Ein erfreuliches Resultat lieferte die Junkerprovinz Pommern. Dort ist ein rein ländlicher Wahlkreis, Randow-Greifenhagen, im ersten Wahlgang erobert und in der Stichwahl der Stadtkreis Stettin, der schon einmal sozialdemokratisch vertreten war, zurückgewonnen. In Ost- und Westpreußen, der Domäne der Großjunker und Brotwucherer, ist der sozialdemokratische Stimmengewinn nicht unbedeutend, doch konnte außer dem Mandat in Königsberg ein weiterer Erfolg nicht errungen werden, was bei der Abhängigkeit und der Rückständigkeit der ländlichen Bevölkerung nicht zu verwundern ist.

Wenn die Sozialdemokratie bei der Stichwahl sich mit 25 Mandaten bescheiden mußte, so lag das daran, daß der gesamte Ordnungsklügel geschlossen gegen sie gestimmt hat. Die sogenannten „Liberalen“, welche in der Hauptwahl kein einziges Mandat erhalten hatten, haben, um sich den einen Sitz im ersten Berliner Wahlkreis mit Hilfe der Brotwucherer zu retten, wie der „Vorwärts“ schreibt, „den ganzen Osten an die Junker verraten“. Wie hier, so ist auch in anderen Wahlkreisen der „Freisinn“ fast durchweg mit den Brotwucherern durch dick und dünn gegangen. Wo die Sozialdemokratie in der Stichwahl gefiegt hat, geschah es mit wenigen Ausnahmen nur aus eigener Kraft. „Gätten die Freisinnigen“, so schreibt der „Vorwärts“, sowohl die von der Volkspartei als auch von der Vereinigung, nicht in 30 bis 40 Wahlkreisen die Sozialdemokraten an die brutalsten Agrarier verraten, so hätte der

neue Reichstag ein vollständig verändertes Gesicht gezeigt, beinahe eine absolute Mehrheit der Opposition. Die ganze Verantwortung für alle reaktionären Erfolge fällt auf den Freisinn. An einer möglichen Wendung der deutschen Politik hat das freisinnige Bürgertum schmähtlich versagt.

Und es ist gut so, daß auch die letzten Illusionen über die politische Fähigkeit des Freisinn — von Ehrlichkeit und echtem Liberalismus nicht zu reden — verschwunden sind. Wir rechnen im ganzen Reich mit der Entwicklung zu sächsisch scharfer Scheidung. Wer nicht für die Sozialdemokratie ist, kann nur noch Knecht und Helfershelfer der Liberal-Konservativen Agrariergenossenschaft sein.

Dennoch wird der neue Reichstag nicht mehr der unumschränkte Lummelplatz der Spahn, Kardorff und Kröcher sein. Das Zentrum hat empfindliche Verluste erlitten und noch schlimmere nur mit knapper Not vermieden; die Nationalliberalen haben sogar ihren Führer eingebüßt und konnten überall nur mit dem anmutigen Wasserhahn des „kleineren Uebels“ in den Reichstag gelangen. Die Konservativen wären zu einem kleinen Häuflein zusammengeschmolzen, wenn nicht der Freisinn sie zum Leben aufgeblasen hätte, und die Landwirtschändler sind ganz und gar zerdrückt wie ein Raupenneß!

Das alles sind Zeichen und Lehren, die niemand, und wäre er noch so berrant, ganz unbeachtet lassen kann. Die drei Millionen sozialdemokratischer Wahlstimmen haben zwar nicht ihren angemessenen Ausdruck im Reichstage gefunden, aber sie sind — was man noch vor kurzem für ein Märchen gehalten hätte — ganz nahe dem Zentrum gerückt, das nur noch dort unbestegbar ist, wo noch kein Lichtstrahl der Aufklärung durch den schwarzen Wall von Kaplänen durchbrechen konnte!

Die Zahl der errungenen Mandate beträgt zwar 81, doch bleibt diese Zahl im Verhältnis weit hinter der wirklichen Stärke der Partei zurück. Rückhaltlos muß anerkannt werden, daß diese Erfolge durch ehrlichen Kampf errungen sind, nicht durch elenden Schacher, durch politische Charakterlosigkeit, durch Lug und Trug. Was nach dieser Richtung hin im letzten Wahlkampf gegen die Arbeiter seitens der Junker, der Liberalen und der Schwarzen geleistet ist, das übersteigt alles bisher Dagewesene. So sehr die reaktionären Mächte bemüht waren, die nach vorwärts strebende, für Recht, Freiheit und Wahrheit kämpfende Sozialdemokratie zu Boden zu lügen und sie im Reichstage unmöglich zu machen, es hat nichts genützt. Das arbeitende Volk weiß, wer seine Freunde sind, und keine Macht der Erde wird es je dahin bringen, daß es sich löst von denen, die immer unentwegt seine Rechte und seine Interessen vertreten haben. Dies hat der verflorenen Wahlkampf gezeigt. Würde das Resultat desselben allen Reaktionären eine ernste Mahnung sein, mit der bisherigen volksfeindlichen Politik aufzuräumen, und dem arbeitenden Volke ein Ansporn, auf der beschrittenen Bahn unentwegt weiter zu wandeln.

Berichtigung.

Im Zeitartikel der vorigen Nummer sind zwei recht berbe Fehler enthalten, und zwar auf Seite 214. Es muß dort heißen in der Ausgabe für Unterfranken: Gemahregelkenunterfrankung M. 84 749,67, Umzugskosten M. 50 420,31. Die Gesamt-ausgabe für die angegebenen fünf Unterfränkungsbezüge beträgt demnach nicht M. 489 227,68, sondern M. 564 514,68.

Die beabsichtigte Aussperrung der Holzarbeiter in Düsseldorf unterbleibt.

Anschließend an den Artikel in Nr. 25 sei in der Sache weiter mitgeteilt, daß am Donnerstag, den 18. Juni, eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung stattfand, um Stellung zu nehmen gegen das Ultimatum der Arbeitgeber, die Verhängung der Generalaussperrung am 8. Juli. Die Versammlung war von weit über 1000 Kollegen besucht, ein Beweis der regen Anteilnahme der Kollegen an den schwebenden, brennenden Fragen. Die Täuschung der Kollegen, welche da geglaubt, die endgültige Beilegung der Aussperrung sei auf Grund des Resultates der vorhergehenden öffentlichen Versammlung vom 8. Juni erfolgt, nun aber durch das Ultimatum der Unternehmer die Aussperrungsfrage wieder aufgerollt, machte sich in sehr erheblicher, teilweise sogar in sehr erregter Weise bemerkbar. Immerhin jedoch vertraten auch eine Anzahl Redner den Standpunkt, noch einmal einen Anknüpfungspunkt mit den Arbeitgeberorganisationen, zwecks Beilegung der Differenzpunkte, durch das Einigungsamt zu suchen, welchem dann auch durch die Annahme nachstehender Resolution mit 780 Stimmen Rechnung getragen wurde:

„Die heute am 18. Juni 1908 im großen Saale des „Paulushauses“ stattfindende öffentliche Holzarbeiterversammlung beschließt, um eine endgültige Regelung der schwebenden Differenzen mit den Arbeitgebern herbeizuführen, denselben folgende Vorschläge zu übermitteln: Punkt 1 und 2 der von den Arbeitgebern gemachten Vorschläge werden angenommen. Bei Punkt 3 muß es heißen: statt „mindestens sechs Monate“, „mindestens drei Monate“. Punkt 4 und 5 wird angenommen. Bei Punkt 6 soll es anstatt „von 42 Ueberstunden“ heißen „32 Ueberstunden“. Zu Punkt 7 wird folgender Zusatzantrag angenommen: „Abgesehen von gesetzlichen Feiertagen soll in jeder Woche erst die 55. Arbeitsstunde als Ueberstunde gerechnet werden. Hat ein Arbeiter entschuldigt gefehert, so hat die in Betracht kommende Zeit Anteil an den normalen 54 Wochenstunden.“ Unter Punkt 8 soll es heißen: „Dieser Vertrag hat Gültigkeit vom 1. Juli 1903 bis 1. Juli 1904 und nicht bis 1. Januar 1905.“

Auf Grund dieser Resolution und der Tatsache, daß auch ein Teil der Arbeitgeber zu der Erkenntnis gekommen waren, daß auch für sie die Beilegung des Konfliktes sich viel vorteilhafter erweisen würde als eine allgemeine Aussperrung, trotz der Scharfmachergelüste des Berliner Mahard und der „Westdeutschen Gewerbe-Zeitung“ (Zinnungsorgan) in ihrer neuesten Nummer vom 21. Juni, kam dann auch nachstehender Vertrag in der Einigungsamtsitzung vom 22. Juni einstimmig zur Annahme:

Vertrag, abgeschlossen am Einigungsamt zu Düsseldorf.

1. Der neunstündige Normalarbeitstag bleibt dort bestehen, wo er bis jetzt eingeführt ist.

2. Werden auch die Arbeitgeberverbände dafür werben, daß bei Betrieben, welche eine längere als die neunstündige Arbeitszeit haben, die neunstündige herbeigeführt wird. Diejenigen Betriebe, welche eine neunstündige Arbeitszeit nicht freiwillig anerkennen wollen, sollen bei Differenzen bezüglich Arbeitszeit und Lohnzuschlag gemäß den nachfolgenden Vereinbarungen für Ueberstunden seitens der Arbeitgeber-Organisationen in keinerlei Weise unterstützt werden.

3. Bei Betrieben mit über acht Holzarbeitern, bezw. Gesellen, kann ein Arbeiterausschuß gewählt werden, soweit er nicht schon besteht. Der jeweils gewählte Ausschuß ist dem Arbeitgeber bekannt zu geben und von diesem anzuerkennen. Hierbei sollen hauptsächlich die älteren Arbeiter des betreffenden Betriebes berücksichtigt werden, jedoch müssen dieselben mindestens drei Monate in dem Betriebe tätig sein. Sind derartige Leute nicht vorhanden, so ist freie Wahl zulässig. Die Arbeiterausschüsse sollen je nach Größe der Betriebe 3 bis 5 Mitglieder umfassen.

4. Bei Werkstätten unter acht Mann hat der Arbeitgeber im Falle von Ueberstunden mit diesen oder deren Ausschuß Rücksprache zu nehmen.

5. Den Vertretern der Arbeiterchaft, gemäß vorstehenden §§ 3 und 4, ist die Dringlichkeit von Ueberstunden vorher klar zu legen. Für Ueberstunden ist ein Lohnzuschlag von 5 % pro Ueberstunde zu zahlen, unbekümmert, ob Lohn oder Akkordarbeit vorliegt. Montags und Samstags sollen keine Ueberstunden gemacht werden.

6. Bei mehr als 42 Ueberstunden pro Kalenderhalbjahr wird für die weiteren Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 10 % statt der 5 % gezahlt. Die Arbeitnehmer dürfen bis zu zwei Ueberstunden pro Tag herangezogen werden, sofern jedoch 24 Stunden hintereinander gemacht sind, muß mindestens, bevor weitere gemacht werden, eine vierwöchentliche Pause dazwischen liegen. Nachdem die Dringlichkeit der Ueberstunden gemeinsam von Arbeitgeber und Arbeiterausschuß anerkannt ist, darf kein Arbeitnehmer die Ausführung der Ueberstunden verweigern, abgesehen von begründeter Verhinderung. Bei Differenzen über die Dringlichkeit von Ueberstunden ist das Einigungsamt anzurufen, jedoch dürfen Ueberstunden bis zur Erzielung diesbezüglicher Differenzen durch das Einigungsamt auch vom Arbeiterausschuß nicht verweigert werden.

7. Abgesehen von gesetzlichen Feiertagen, soll in jeder Woche erst die 55. Arbeitsstunde als erste Ueberstunde gerechnet werden.

Hat ein Arbeiter entschuldigt gefehert, so hat die in Betracht kommende Zeit Anteil an den normalen 54 Wochenstunden.

8. Vorstehender Vertrag soll für alle fünf Organisationen (Arbeitgeberverband, Zwangssinnung, Deutscher und Christlicher Holzarbeiterverband, sowie Gewerksverein der H. D.) am 1. Juli 1903 anfangen und ist bindend bis zum 30. Juni 1905. Falls keine Kündigung einen Monat vorher erfolgt, soll dieser Vertrag stillschweigend von Jahr zu Jahr weiter laufen.

Soweit der Vertrag, mit dem die Düsseldorf Kollegen wohl ihre Zufriedenheit erklären können, haben sie doch damit ohne Schwereitrich, ohne Kampf eine teilweise Position errungen, die in vielen Streiks durch wochenlange Kämpfe nicht erreicht worden ist. Eine nähere Begründung der einzelnen Punkte des Vertrages erübrigt sich wohl, ein jeder Leser dürfte im Stande sein, die Nutzenanwendung daraus zu ziehen. M. S.

Zum Schreinerstreik in Cassel.

Die 14. Woche dauert nunmehr unser Streit und noch immer ist ein Ende desselben nicht abzusehen. In derselben erbitterten Weise wird er weitergeführt, als im Anfange, und der Kampfesmut der Streikenden ist trotz der 14 Wochen nicht um ein Jota zurückgegangen. Die hiesigen Unternehmer lassen kein Mittel unberührt, um Arbeitswillige von außerhalb heranzuziehen, jedoch ohne besonderen Erfolg. Nur in einigen Fällen ist es ihnen gelungen, mit Hilfe des großen Mahardt ein paar Meisteröhne zu kapern, die den bedrängten Schreinermeistern Hausmeisterdienste leisten sollen. Die Leistungen derselben verkennen die Streikenden in keiner Weise, sind sie doch von der Gewißheit beseelt, daß, wenn dieselben etwas leisten könnten, sie sich zu Hause viel nützlicher machen könnten. Die Provinz haben die Casseler Schreinermeister schon vor Pfingsten durchgeschüttelt nach Arbeitswilligen, doch wir wurden der „etage-schmuggelten“ bald habhaft, beehrten sie eines Besseren und hielten sie auf diese Weise von den Werkstätten fern. In neuerer Zeit verfallen nun unsere Scharfmacher auf die Idee, es mit vielversprechenden Annoncen in auswärtsigen Zeitungen zu versuchen, um endlich den lang ersehnten Ersatz für Streikende zu erhalten. Ihr Hauptaugenmerk richten sie hierbei auf Thüringen. Auch Fürth i. B. und Wierzen i. Rhb. ließen sie nicht verschont. Einigen Kollegen, die bei den betreffenden Firmen anfragten, wurden in dem Antwortschreiben die glänzendsten Versprechungen gemacht. Diese zogen es jedoch vor, ehe sie auf den Leim gingen, uns den Inhalt der Briefe mitzuteilen und erst Erkundigungen einzuziehen. Hier zeigten einmal die Unternehmer, wie viel ein Schreinergehilfe erhalten muß. Ein Brief aus Fürth i. B., den ein hiesiger Schreinermeister L. einem Fragesteller vortrug, sandte, zeigt dies in besonderem Maße. Die Lebensmittel- und Wohnungspreise schildern „die Herren im Hause“ in einer Art, so daß die um Arbeit Anfragenden glauben müssen, in Cassel beläme man im Gegenteil zu anderen Großstädten, alles halb geschenkt. Doch die Zeiten, wo man den glänzenden Versprechungen des Unternehmers Glauben schenkt, sind nun ein für allemal über. Man kennt heute schon allermogen keine Pappenheimer. Viel Kopfzerbrechen machen sich nun die hiesigen Unternehmer noch, auf die am 1. Juli fällig werdende Miete. Sie rechnen bestimmt, daß dieser Punkt den Gesellen den Hals brechen müßte und die in den Streik „Geheften“ endlich müde würden. Doch die Solidarität der deutschen Arbeiter geht erfreulicherweise weiter, als die, der im Schutzbund organisierten, und werden nach wie vor die Miete bezahlen. So leicht lassen sich die Casseler Schreinergehilfen nicht kirre machen, fest entschlossen sind sie, den Streit zu einem siegreichen Ende zu führen.

Der Tischlerstreik in Plauen.

Neun Wochen schon dauert der Streit der Tischler in Plauen und noch ist das Ende desselben gar nicht abzusehen. Daß die Meister jetzt Arbeiter notwendig haben, erzieht man daraus, daß sie überall, in deutschen wie in holländischen Blättern auf der Arbeitswilligenjuche sind, jedoch haben dieselben bisher so gut wie gar keinen Erfolg gehabt, denn so oft die Herren Meister auf die Bahnhöfe kommen, um Tischler in Empfang zu nehmen, eben so oft müssen sie mit langen Nasen wieder abziehen, da die ankommenden Fremden schon in der schützenden Obhut der Streikenden waren.

Weiter muß konstatiert werden, daß unsere „schlaunen Meisterlein“ schon alles Mögliche versucht haben, um die Streikenden zu reizen und sie zu unbesonnenen Handlungen zu provozieren, um im gegebenen Moment die Polizei auf die Ausständigen heßen zu können; jedoch sind die „guten Meister“ bis vor kurzem noch mit ihrer „edlen“ Absicht immer wieder abgeblüht.

Seit kurzem jedoch hat sich das Bild etwas geändert, denn nach dieser langen Dauer des Streiks ist es doch selbstverständlich, daß die Erbitterung steigt, und es beginnt sich die Polizei, nachdem sie von verschiedenen Seiten dazu getrieben wird, langsam für uns zu interessieren, indem so nach und nach Sittierungen erfolgen, allerdings mit einem ganz minimalen Erfolg, da sich die Streikenden musterhaft verhalten, denn unsere Kollegen sind in ihrer Organisation viel zu gut geschult.

Unsere Herren „Meisterchen“ sind dies freilich nicht, wenn ihnen z. B. ein Arbeitswilliger abgefangen wird, können sie sich vor Wut nicht fassen, sondern werden sogar handgreiflich gegen die um ihr Recht kämpfenden Gehülfen.

Daß wir es nicht mehr mit einem einsichtsvollen Unternehmertum, sondern mit Proben zu tun haben, sind wir nachgerade inne geworden, und ist es jetzt ein Kampf bis aufs Messer geworden.

Daß unsere „ehelichen Meister“ aber auch im Lügenleistungsfähig sind, beweist, daß sie in Zeitungen aussprengen, der Streik wäre beendet, es arbeiteten 70 Tischler, fortgesetzt fragten Streikende um Arbeit an, der „Streikmeister“ beläme 40 pro Woche und hätte daher gut streiken, bei den Arbeitgebern ginge das Geld in Hülle und Fülle ein und was der Lügen noch mehr sind.

Un allem ist natürlich kein einziges Wort wahr, denn der Streik dauert unverändert fort, weiter sind nur sechs Streikbrecher zu verzeichnen; gewiß keine Zahl, mit der unsere Herren Arbeitgeber nach einer Streikdauer von neun Wochen prahlen können. Freilich muß zugegeben werden, daß Tischler um Arbeit nachfragen, doch ist darunter eine große Anzahl, welche von der Kommission geschickt werden, um zu spionieren; auch von auswärts befinden sich solche darunter, die unsere „schlaunen“ Meister, auf deutsch gesagt, nur verlohnen wollen, und die trotzdem als Arbeitswillige zureisen, werden von uns mit allem „Pomp“ empfangen und auch mit Sicherheitsbegleitung zur Stadt wieder hinausbefördert.

Weiter soll der „Streikmeister“ (ein ganz neuer Ausdruck) 40 pro Woche bekommen, hierüber ein Wort zu verlieren, halten wir unter unserer Würde, denn diese Behauptung setzt allen Lügen die Krone auf. Daß endlich bei den Herren Arbeitgebern das Geld in Hülle und Fülle eingeht, bezweifeln wir stark, denn wie die Opferwilligkeit der Herren Unternehmer aussteht, wissen wir nachgerade gut genug, und zumal unsere Plauenschen Tischlermeister sind ja „Kapitalisten“.

Alles in allem sieht man, daß alle diese Lügen dazu beitragen sollen, die Streikenden wanfelmütig zu machen, aber damit haben die Herren ebensowenig Glück, wie mit der Arbeitswilligenjuche.

Wie besorgt z. B. Tischlermeister Kühn um seine zwei Arbeitswilligen ist, beweist, daß er dieselben bei sich selbst einquartiert hat. Allerdings müssen dieselben in den Gobelspanen schlafen, dafür rechnet Herr Kühn aber auch nur 4 für Post und „Logis“; ein Preis, den man hier für ein einfaches Zimmer pro Woche zahlen muß.

Welch „edlen“ Charakter die Herren Unternehmer haben, erzieht man daraus, daß dieselben am Ort des Gerüchls aussprengen, sie hätten unsere Forderungen bewilligt, die Tischlergehülfen wollten nur nicht arbeiten, das heißt auf deutsch, die streikenden Tischler sind arbeitscheu.

Tischlermeister Beidler, hier, Albertstraße, ist Zeichenlehrer in der hiesigen Fachschule und erzählt den dieselbe besuchenden Lehrlingen, die Gehülfen müßten eher verhungern, ehe die Meister etwas bewilligten; die Lehrlinge sollten es, wenn sie ausgeleert hätten, nicht so machen wie jetzt die Gehülfen, sondern sollten nur ihren Meistern folgen zc. Wir meinen, dieser „ehrenwerte“ Herr sollte eher darüber Vorträge halten, wie man Ehrenworte gibt und bricht.

Daß sich die Herren Arbeitgeber mit ihrer Starrköpfigkeit selbst am meisten schaden, sehen dieselben nicht ein, sie sind wie mit Blindheit geschlagen. Es ist doch selbstverständlich, daß bei einer Bautätigkeit, wie sie hier am Orte herrscht (gegenwärtig sind über 800 Neubauten bei der Baupolizei angemeldet), die auswärtige Konkurrenz immer mehr und mehr Eingang findet, und daß dieselbe nie und nimmermehr vom Halse zu schaffen ist, sollten verschiedene der Herren Arbeitgeber doch vom vorjährigen Glaserstreik gelernt haben. Weiter herrscht hier ein derartiger Wohnungsmangel, daß schon sämtliche Logis vermietet sind, wenn die Häuser kaum aus dem Grund heraus sind.

Nun kommt etwas heran, auf welches die Arbeitgeber schon lange mit Schmerzen warten, nämlich die Miete, dieselben bilden sich ein, daß, gezwungen dadurch, die verheirateten Kollegen an die Gobelbänke zurückkehren müßten.

Doch hierin haben sich die Herren arg verrechnet, denn von der Streikleitung ist sämtlichen Verheirateten der Mietzuschuß zugesichert, auch sind unter anderem von den Chemnitzer Kollegen schon 100 als erste Rate zu diesem Zweck eingetroffen, und von anderen Zahlstellen sind ebenfalls schon Mitteilungen eingetroffen, nach welchen uns Beiträge für die Mietzuschußklasse zugehen sollen, man sieht, die Opferwilligkeit ist bei uns größer als beim Glaser.

Auch sind wir jetzt hinter die Schliche der Unternehmer gekommen, die auf Umwegen, (à la Kühn, Sulum) überall Streikarbeit bestellen. Wir fordern deshalb an allen Orten Deutschlands die Kollegen auf, streng alle Arbeit zu kontrollieren.

Kollegen, wir appellieren an Euer Solidaritätsgefühl, helft mit, daß alle Machinationen der Unternehmer an der Einigkeit der organisierten Holzarbeiter zu scheitern werden, beweist, daß das Wort: „Einer für alle, alle für einen“, in unserem Munde kein leerer Schall ist. Wir halten aus, Kollegen, und laßt den Kampf noch so heiß werden, für uns gib's nur eine Lösung: „Vorwärts zum Sieg“.

Die Bewegung der Tischler von Dresden um Verbesserung ihrer Lage.

Durch verschiedene Notizen und Berichte haben die Kollegen Deutschlands erfahren, daß wohl in keiner Großstadt die letzte Krise schlimmer als in Dresden auftrat; das zeigte doch die Fählung der Arbeitslosen am 15. Februar 1901, daß in Dresden circa 15 pSt. der Mitglieder durchschnittlich 35 Tage arbeitslos waren gegen nur 5 pSt. des Durchschnitts in ganz Deutschland. Daß dieser Zustand der Lohnrückerei wesentlich Voranschub leistete, wird jedem einleuchten. Mit allen Mitteln wurde von den Arbeitgebern die Jagd nach etwas Arbeit betrieben. Der Egoismus vieler Kollegen außerhalb und leider auch innerhalb der Organisation leistete Voranschub. In vielen Fällen wurde den Streikenden, die Löhne herabzusetzen, nicht wirksam genug entgegen getreten. Not und Entbehrung haben in dieser Zeit selbst manch starken Charakter wandelt gemacht. Das Jahr 1902 brachte wohl einige Besserung, aber lange nicht normale Verhältnisse. Im Jahre 1897 hatten die Bau- und Möbeltischler mit der damaligen freien Fassung verschiedene tarifliche Vereinbarungen getroffen. Wo es nicht gelang, diese ganz beiseite zu schieben, wurde mit aller Raffinertheit dessen Mängel und Unklarheiten ausgenutzt, um so dieselben zu umgehen. Wohl hielten sich ein Teil der bessere Arbeit herstellenden Meister noch an den Tarif. Die übergroße Mehrzahl aber hielt den Tarif nicht, weil nicht mit der jetzt bestehenden Zwangssinnung vereinbart, für sich in keiner Weise

verbindlich. Die Spekulation auf den Hunger der Arbeiter trieb die bedauerlichsten Blüten.

Um wieder geordnete Zustände zu schaffen resp. die jetzt bestehende Zwangsjunung zu tariflichen Vereinbarungen mit uns zu bringen, wurde im Herbst des Vorjahres von der Ortsverwaltung angeregt, an die Junung die Anfrage zu richten, ob sie gewillt sei, zwecks weiteren Ausbaues der tariflichen Vereinbarungen mit uns in Unterhandlungen einzutreten. Der stellvertretende Obermeister erwiderte, daß sie geneigt seien, in diesbezügliche Verhandlungen mit uns einzutreten und daß dem Gesellenausfluß weiteres zugehen werde. Auf Grund dieses Briefes wurde von uns eine Tarifkommission gewählt, welche eine Grundlage schaffen sollte.

Da eine weitere Benachrichtigung von seiten der Junung ausblieb, fragten wir dies Frühjahr an, wie es nun mit den Unterhandlungen stehe. Nach einiger Zeit kam die Antwort, daß das nötige beantragt werden sollte. In anbetracht des im allgemeinen noch nicht besonders günstigen Geschäftsganges und dem ablehnenden Verhalten des Hauptvorstandes wurde von der Stellung weitgehender Forderungen abgesehen. Nur der Tarif, auf die jetzige Arbeitszeit zugeschnitten und den Verhältnissen angepaßt, wurde gedruckt eingereicht.

In einer Vorbesprechung, zwei Tarifkommissionsmitglieder und vier Meister waren anwesend, begründeten unsere Kollegen unser Verlangen. Von allen Arbeitgebern wurde die Berechtigung zugestanden. Man war nahe daran, zu glauben, mit dem Personalwechsel im Junungsvorstand sei zugleich ein wenig sozialpolitisches Verständnis eingezogen. Aber gar bald zeigte die Junung ihr wahres Gesicht wieder. Am 14. Juni ging dem Altgesellen folgendes Schreiben zu: „Der unterzeichnete Junungsvorstand hat in seiner Sitzung vom 8. d. M. beschlossen, die Revision des Tarifs zur Zeit abzulehnen. Er stützt seinen Standpunkt auf den heutigen schlechten Geschäftsgang, der eine Aenderung des Tarifs mit einer so bedeutenden Erhöhung unmöglich macht und behält den alten Tarif, der einen mittelguten Gesellen immer noch M 24 verdienen läßt, noch in Kraft, bis die Zeiten sich gebessert haben werden.“

Am 24. Juni nahmen in einer Versammlung die Kollegen dazu Stellung. Unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse hielt die Ortsverwaltung mit der Tarifkommission die Erzwingung der Revision des Tarifs zu den jetzigen Sätzen nicht für wert. Sie einigten sich auf folgende Resolutionen:

I. „Die am 24. Juni im „Erianon“ tagende Versammlung der Bau- und Möbeltischler nimmt Kenntnis von dem ablehnenden Bescheid des Junungsvorstandes. Sie erblickt in den Aenderungen keine so bedeutende Erhöhung, daß die Ablehnung der erst zugesagten Revision gerechtfertigt wäre, sondern nur eine bessere Spezialisierung mit einer teilweisen den Verhältnissen angepaßten kleinen Erhöhung. Sie hält vielmehr den Beschluß als Beweis, daß die Junung nicht gewillt ist, die in den letzten Jahren eingerissene Schundkonkurrenz zu beseitigen, denn diese resultiert nur auf Umgehung der 1897 getroffenen Vereinbarungen.“

II. „Ferner beschließt die Versammlung, mit aller Energie an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten durch Aufklärung der uns noch fernstehenden, strikte Durchführung des Delegiertensystems, monatliche Kontrolle der Mitgliedsbücher in den Werkstätten, und nicht eher zu ruhen, bis geordnete Zustände innerhalb unseres Berufs geschaffen sind. Die Tarifkommission in Gemeinschaft mit der Ortsverwaltung wird beauftragt, zur Erlangung unseres dieses geeignete Schritte vorzubereiten resp. zu unternehmen.“

Diese Resolutionen und ihre Begründung seitens eines Tarifkommissions- und eines Ortsverwaltungsmitgliedes wurden mit vollständigem Schweigen angenommen. Anders wurde es, als bald alle Redner forderten, den Arbeitgebern zu zeigen, daß wir als gleichberechtigter, Achtung beanspruchender Faktor gelten wollen. Das ganze Mandat des Junungsvorstandes wurde als ein „Abernassherumführen“ hingestellt. Die in obigen Resolutionen niedergelegte Taktik wurde von vielen scharf beurteilt. Auch der Hauptvorstand mit seinem „fortwährenden Bremsen“ kam nicht zu kurz weg.

Nachdem die Diskussion äußerst leidenschaftlich zwei Stunden ange dauert, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglichsten Anträge gestellt waren, wurden die zwei angeführten Resolutionen angenommen, die zweite mit dem Zusatzantrag: „Die Anwesenden verpflichten sich, überall da, wo der alte Tarif umgangen wird, Montag, den 6. Juli, volle Bezahlung zu fordern und eventuell die Arbeit niederzulassen.“ Zur Orientierung sei mitgeteilt, daß der Hauptvorstand dieses Eintretens für Aufrechterhaltung der getroffenen Vereinbarungen als unterstützungsberechtigt anerkannt hat. Es wird sich hier nun wahrscheinlich um eine größere Anzahl handeln. Wie sich nach und nach herausstellt, ist es in mancher Werkstatt mit der Pfennigregnerie nicht so genau genommen worden, um des lieben Friedens willen. Wo nun die Junung den Tarif als für sie in Kraft bestehend nochmals erklärt und uns wiederholt aufgefordert hat, für plünderliche Einhaltung Sorge zu tragen, werden wir, auch wo es sich um kleine Beträge handelt, von den Mitgliedern strikte Einhaltung fordern, in der Auslegung, wie es 1897 vereinbart war. Allen Uebeln wird man aber damit bei weitem nicht beikommen. Ein Teil der Arbeitgeber läßt das Holz in größeren Mengen schneiden und hobeln, und macht dann unverhältnismäßig hohe Abzüge. Das gleiche trifft zu, wo das Holz ganz oder zum größten Teil in eigenen oder fremden Betrieben auf Maschinen bearbeitet wird. Da hierüber keine Vereinbarungen bestehen, auch kein Minimallohn besteht, ist es äußerst schwer, eine Grenze zu ziehen.

Auch die Möbeltischler sind zum Teil auf einem Niveau, wie man es in einer Großstadt kaum für möglich hält.

Eine jetzt veranstaltete Umfrage ergab in mehreren Fällen Stundenlöhne bis zu 25 S herab. Es ist daher nur zu begreiflich, wenn die Leute von der Organisation Hilfe verlangen und nicht erst warten wollen, bis die günstige Konjunktur ihren Höhepunkt erreicht hat. Die meisten Redner hielten den Geschäftsgang für günstig genug, um einige Verbesserungen mit gutem Recht fordern zu können. Nachfolgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Die Ortsverwaltung wird ersucht, die veränderte Sachlage dem Hauptvorstand zu berichten und mit Berücksichtigung der Stimmung in der heutigen Versammlung, den Hauptvorstand

zu einer Sinnesänderung in bezug auf unsere Forderungen zu bringen.“

Sonnabend, den 4. Juli, findet nochmals Versammlung in dieser Angelegenheit statt. Bei dem prologischen Verhalten eines großen Teiles der Dresdener Arbeitgeber wird es voraussichtlich in vielen Fällen nicht ohne Kampf abgehen. Die bekannte Redensart: „Wem es bei mir unter den Verhältnissen nicht paßt, kann gehen“, wird man oft hören müssen. Wir ersuchen die Bau- und Möbeltischler, Dresden zu meiden, bis die Differenzen erledigt sind, was wir hoffentlich bald berichten können.

Ein Vertrag, welcher die Zugehörigkeit zum Verbands verbietet, ist rechtungsgültig!

Das königliche Amtsgericht in Mühldorf a. Inn beurteilte die Firma Kempf & Geiger vorstehend in der am 28. Juni d. J. stattgefundenen Verhandlung in der Klage des 22. Schreiners wegen Entlassung ohne Kündigung zur Zahlung von M 1036,80 Entschädigung in der Hauptsache und 4 pZt. Zinsen ab 28. Mai und in die Kosten des Rechtsstreites. Somit hat auch das Amtsgericht den Vertrag, durch welchen die Zugehörigkeit zum Verbands den Kollegen unter Androhung der sofortigen Entlassung verboten wurde, für rechtungsgültig erklärt. Die Gesamtschuldsumme betrug ursprünglich etwas mehr als M 2000, fünf weitere Klageansprüche stehen noch aus und da eine Anzahl der Entlassenen nach kurzer Zeit wieder anderweitig zum Teil lohnendere Arbeit erhalten hatten, reduzierte sich der Klageanspruch auf oben genannte Summe.

Diese Klage ist von solch großer Bedeutung für viele Kollegen, daß es wohl am Platze ist hier etwas näher darauf einzugehen und unsere Ansicht hierüber auszusprechen.

Die Fabrikleitung entließ am 29. April 81 Schreiner wegen deren Zugehörigkeit zum Verband und zwar sofort ohne jede Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist; sie stützte sich auf einen Revers, den sie den Schreiner im Winter zur Unterschrift vorgelegt hatte und der die Bestimmung enthielt, daß keiner Mitglied des deutschen Holzarbeiterverbandes sein noch werden dürfe, im anderen Falle werde Arbeiter sofort und ohne Kündigung entlassen werde. Die schlimmsten Zustände und Behandlung der Arbeiter zwang diese, Rückhalt durch Anschluß an den Verband zu suchen. Wegen Niederlegung eines Kranzes am Grabe eines im Betriebe tödlich verunglückten Werkführers schritt Herr Kempf zur pöblichen Entlassung, es waren also nicht Forderungen oder sonstige Maßnahmen des Verbandes, welche den Zorn des Herrn Kempf erregt hatten, sondern lediglich ein Akt der Meuterei. Die entlassenen Kollegen machten sofort ihre gesetzlichen Rechte geltend, und da am 25. April der letzte Zahlungstag war die Entlassungen am 27. bzw. 29. April erfolgten, so verlangten die Kollegen Entschädigung für 21 Arbeitstage, nämlich zehn Tage bis zum laut Arbeitsordnung zulässigen Kündigungszeitpunkt, dem nächsten am 9. Mai zutreffenden Zahlungstag und von diesem Tage ab Entschädigung für 14 Tage bis inkl. 23. Mai. Nach Ablehnung der Forderung stellten wir gerichtliche Klage beim Amtsgericht Mühldorf a. d. Inn. Eine Reihe von Gewerbegerichten, so namentlich das Gewerbegericht München, erklärten teils Verträge, welche außer dem Rahmen der Fabrikordnung die freie Ausübung oder Betätigung des Koalitionsrechtes oder Zugehörigkeit zu einer Organisation verbieten, als gesetzlich unzulässig und gegen die guten Sitten und Moral verstoßend. Für uns war es insofern auch von Bedeutung, seinen gerichtlichen Entscheid herbeizuführen, als in Mühldorf kein Gewerbegericht, sondern das königliche Amtsgericht zuständig ist. Die Frage drehte sich lediglich darum: Ist ein Vertrag, welcher den Beitritt oder die Zugehörigkeit zum deutschen Holzarbeiterverband den Kollegen verbietet, gesetzlich zulässig? — Kann durch solche Abmachungen der § 152 der Gewerbeordnung, das Gesetz, welches den Arbeitern das Koalitionsrecht gibt, beseitigt werden?

In der Fabrikordnung von Kempf & Geiger — genehmigt seitens des lgl. Bezirksamtes Mühldorf — ist über Vertragsbruch, Kündigung und Entlassung folgendes vereinbart:

§ 21. Die gegenseitige Kündigungsfrist beträgt 14 Tage. Die Kündigung kann nur an Zahlungstagen erfolgen.

§ 22. Zur sofortigen, gegenseitigen Lösung des Vertragsverhältnisses berechtigten die in den §§ 123 und 124 der G.-O. vorgeschriebenen Gründe, außerdem wiederholte und grobe Verletzung der Vorschriften dieser Fabrikordnung.

Auf Grund des § 124 d. G.-O. ist die Fabrikordnung für beide Teile rechtverbindlich und dürfen auch in derselben andere als in den §§ 123 und 124 d. G.-O. vorgesehene Gründe der Entlassung im Arbeitsvertrage nicht vereinbart werden, denn nach § 152 d. G.-O. ist es erlaubt, sich zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen, zusammenzuschließen, und eine solche Vereinigung stellt der deutsche Holzarbeiterverband dar.

Ein Vertrag der außerhalb der Fabrikordnung abgeschlossen und das Vereinigungsrecht der Arbeiter ausschließt oder den Arbeitern verbietet einer solchen Vereinigung beizutreten, verstößt gegen den § 138 des Bürgerl. G.-B., welcher ausdrücklich besagt, „ein Rechtsgeschäft das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft durch das Jemand unter Ausbeutung der Notlage“ usw. „sich Vermögensvorteile verschaffen oder gewähren läßt“. Desgleichen ist ausdrücklich durch § 306 festgesetzt: „Ein auf eine unmögliche Leistung gerichteter Vertrag ist nichtig“. Der Arbeiter hat erkannt, daß er nur durch eine starke Organisation im Stande ist, die wirtschaftliche Abhängigkeit, sowie Ausbeutung zu mindern; die Organisation allein vertritt seine Interessen und Rechte. Nun steht aber der Verweigerung der Unterschrift die drohende eventuelle weitere Arbeitslosigkeit, Not, Elend seiner Familie dem Arbeiter vor Augen; er ist somit aus den angeführten Gründen gezwungen, einen seiner innersten Ueberzeugung nach unerfüllbaren Vertrag einzugehen. Während hier der Arbeiter nur unter dem Zwange der äußersten oder der drohenden Notlage handelt, ergreift der Unternehmer diese Zwangslage, um mit Hilfe seines wirtschaftlichen Uebergewichts dem einzelnen Arbeiter die Erlangung besserer Lebensverhältnisse unmöglich zu machen. Solche Vereinbarungen werden nicht nur getroffen, um die bisherige Ausbeutung zu verstärken, sondern um dadurch auch die Dauer der Ausbeutung, sowie die Knechtung des wirtschaftlich Abhängigen noch weiter zu verlängern. Solche Vereinbarungen verstößen somit gegen den § 138 des B.-G.-B.

In seinem Werke der „Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reiches“ spricht Phil. Lotmar von moralwidriger Arbeit, und wo eine solche vereinbart wird, ist ein solcher Arbeitsvertrag nichtig. Als Arbeit, welche als besonders wider ein Moralgebot verstoßend zu erachten ist, zählt er auch solche, durch welche eine Koalitionspflicht übertreten wird. Das Gewicht dieser (aus der Koalitionspflicht entspringenden) Moralpflichten, ist über den juristischen Partei wie über den sozialen Klassengegensatz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhoben — das formale Gebot der Erfüllung der Koalitionspflicht ist ein allgemein anerkanntes, nicht einer partikulären Moral angehöriges.“ Nach Lotmars Anschauung können Arbeiter, denen Streikarbeit zugemutet wird, solche Arbeit in jedem Falle verweigern, ohne daß eine solche Weigerung schon einen Entlassungsgrund bildet. „Das Recht“, sagt Lotmar, „kann vielmehr dem Arbeitnehmer nicht zumuten, sich der moralwidrigen Arbeitsordnung seines Arbeitgebers zu fügen und, ohne sich selbst zu untergraben, in der Nichtbefolgung einer solchen Anordnung nicht eine rechtswidrige Arbeitsverweigerung erblicken.“

Gemeinsamer Zusammenschluß in starken Organisationen gibt den Arbeitern, welche in ihrer heutigen Existenz noch zu abhängig sind von der Kapitalistenklasse, erst die Macht, sich aus dem Joche der Lohnsklaverei zu befreien und eine höhere kulturelle Stellung in der heutigen Gesellschaft zu erringen. Ausbreitung und Förderung der Arbeiterorganisationen bedeuten zugleich Förderung des sozialen und kulturellen Fortschritts, dahingegen die Unternehmung durch Verführung, den Arbeitern den Beitritt zur Organisation durch besondere Abmachungen zu verbieten, nur als Ziel „die uneingeschränkte Ausbeutung und Beherrschung des einzelnen unorganisierten Arbeiters“ vorsetzt und erstrebenswert erscheint. Um dieses noch weiter zu ermöglichen, bieten die Arbeitgebervereinigungen lediglich zur Schaffung erhöhten Uebergewichtes zur Unterdrückung der Arbeiterkraft im Gegensatz zu den kulturfördernden und die Arbeiter befreienden Aufgaben der Arbeiterverbände und Gewerkschaften. Jede Behinderung der freien Vereinigung der wirtschaftlichen Schwachen durch Verträge außer dem gesetzlichen Rahmen der Gewerbeordnung wäre nicht bloß ein Vorstoß gegen den Grundgesetz der persönlichen Freiheit der Staatsbürger ohne Unterschied des Vermögens, sondern diese Behinderung führte zu einer tatsächlichen Sklaverei und Leibeigenschaft des Arbeiters.

Nochmals die Aussperrung in den Unterweiserorten.

Der zwei Spalten lange Artikel des Kollegen Leipart soll eine vollständige Vernichtung meiner Person in den Augen der Verbandsmitglieder sein. Mag dem sein, wie es will, das steht fest, wer versucht, wider den Stachel zu löden, oder gar in öffentlicher Kritik wider die Person des „Hohen Rates“ dem berechtigten Anmut der gesamten Arbeiterschaft der Unterweiserorte mit wenig Ausnahmen in Worten Luft macht, auf den senkt die Keule der Vernichtung, daß er zerstückelt am Boden liegen — soll. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß von dem Augenblick an, wo die Arbeiterschaft der Unterweiserorte die abgemachten Bedingungen auch nur einigermaßen für annehmbar erklärt, ich vielleicht noch zu der Annahme gelangen kann, in meinem Eingekaufte „Unwahrheiten“ behauptet zu haben. So lange aber ich getragen werde von der überwältigenden Anzahl der Arbeiterschaft, ein großer Teil der Werkarbeiter nicht ausgeschloffen, unterstützt von den hervorragendsten Führern unserer hiesigen Bewegung, so lange kann ich nicht ein Lipfelchen vom i in meinem Eingekaufte zurücknehmen. Sollte aber dem Kollegen L. so viel daran gelegen sein, den Verbandsmitgliedern volle Klarheit in dieser Sache zu schaffen, mein angeblich aus lauter Unwahrheiten bestehendes Eingekaufte zerpfücken kann nicht in zwei oder zwölf Spalten langen Artikeln geschehen, sondern nur, wenn Kollege L. hier in einer Mitgliederversammlung Rechenschaft über die gepflogenen Verhandlungen ablegt. Diesem Versammlungsbericht dann werde ich als den der Wahrheit am nächsten kommend, mag er ausfallen wie er will, mich fügen. Bemerken will ich noch, daß es dem Kollegen L. nicht im entferntesten gelungen ist, mein Eingekaufte zu entkräften, sondern daß ein großer Teil Kollegen, die ich bis jetzt gesprochen habe, sich über diesen Artikel ganz köstlich amüsierten.

Also, Kollege L., in einer nächsten Versammlung. **Wih. Angeloh, Lehe-Bremerhaven.**

Kollege Angeloh setzt sich mit einem kühnen Saltamortale über alle in meiner vorigen Erwiderung dargelegten Tatsachen hinweg und behauptet einfach, ich hätte seine Unrichtigkeiten nicht zu entkräften vermocht. Auch daß die beteiligten Arbeiter am Orte selbst mit der bekannten überwältigenden Mehrheit die abgemachten Bedingungen akzeptiert haben, existiert für ihn nicht. Statt dessen gefällt er sich nunmehr in der Rolle des Märtyrers, der es gewagt, „wider den Stachel zu löden“. In diesem Müßzug, so un schön er auch ist, will ich U. nicht föhren und bemerke nur noch, daß mir bei der Abwehr seiner unberechtigten Angriffe die „vollständige Vernichtung seiner Person“ natürlich gar nicht in den Sinn gekommen ist. **Theodor Leipart.**

Da jede Partei zu gleichen Teilen zu Worte gekommen ist, dürfte nunmehr Schluss eintreten können. **Die Red.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Das Kaiserliche Statistische Amt beabsichtigt eine Zusammenstellung der gegenwärtig zwischen Arbeitgebern und Arbeitern für ganze Gewerbe (an einzelnen Plätzen oder für größere Bezirke) bestehenden Tarifverträge zu veranstalten und bittet die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiterkreise, ihm die in ihrem Gewerbe bestehenden Tarife in einem Exemplar einzusenden zu wollen.

Aus vorstehendem Anlaß ersuchen wir die Lokalverwaltungen derjenigen Bezirke, in welchen Tarifverträge mit den Arbe-

geboren abgeschlossen wurden und gegenwärtig in Geltung sind, baldmöglichst zwei Exemplare dieser Verträge zur Weiterbeförderung an das Statistische Amt an uns einzusenden.

Wir machen die Verbandsmitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß nach Abschluß der Abrechnung für das zweite Quartal Restbeiträge der Abrechnung für das erste Quartal (25 A) von den Zahlstellentaxierern nicht mehr entgegen genommen werden können, da die alten 25 Pfennig-Marken mit der Quartalsabrechnung an die Hauptkasse eingekandt werden müssen.

In letzter Zeit haben wir wieder sehr häufig konstatieren müssen, daß Reiselegitimationen für Mitglieder ausgestellt worden sind, welche noch garnicht unterstützungsberechtigt waren. Wir richten deshalb an alle Zahlstellentaxierer die dringende Mahnung, genauer darauf achten zu wollen, daß nur solche Mitglieder eine Reiselegitimation erhalten dürfen, welche ein volles Jahr dem Verbands angehören und auch mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet haben.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 45726 Josef Dittmann, Tischler, geb. 26. 8. 78 zu Salzena.
- 52027 Otto Kühne, Tischler, geb. 4. 9. 62 zu Chemnitz.
- 58972 Albert Kraft, Schreiner, geb. 21. 1. 84 zu Bruch.
- 81356 Josef Hmbels, Tischler, geb. 17. 7. 80 zu Dittersbach.
- 85491 Otto Schlieben, Tischler, geb. 6. 9. 76 zu Dittersbach.
- 93718 Wilhelm Wischmann, Tischler, geb. 25. 8. 82 zu Stramsche.
- 112697 Max Tegel, Drechsler, geb. 2. 8. 77 zu Biegnitz.
- 125447 Julius Jakob, Tischler, geb. 2. 8. 88 zu Gröh.
- 133206 Max Stränke, Tischler, geb. 16. 11. 78 zu Zbuny.
- 134579 Wilhelm Burkert, Tischler, geb. 14. 12. 88 zu Jütschau.
- 150103 Max Heinze, Tischler, geb. 23. 4. 74 zu Breslau.
- 150288 Karl Wiltrich, Tischler, geb. 13. 12. 70 zu Breslau.
- 156550 Heinrich Stein, Drechsler, geb. 13. 5. 74 zu Köln a. Rh.

Stuttgart, den 27. Juni 1908.

Der Verbandsvorstand.

Sterbefahel.

- Enstab Tchern, Tischler, geb. 12. 6. 77 zu Scheidelwitz, gest. 4. 6. 08 zu Rieg.
- Karl Angermüller, Tischler, geb. 30. 10. 66 zu Hofheim, gest. 20. 6. 08 zu Bremerhaven.
- Jacob Hilgel, Friseur, geb. 11. 8. 50 zu Mattenhardt, gest. 22. 8. 08 zu Bohning bei Stutigart.
- Ulrich Oberwein, Schreiner, geb. 21. 2. 52 zu Augsburg, gest. 24. 6. 08 zu Stutigart.
- Otto Liebke, Tischler, geb. 15. 6. 03 zu Ludenwalde.
- Max Siefert, Sofabauer, geb. 12. 2. 58, gest. 27. 6. 08 zu Wittweida.
- Karl Schmidt, Tischler, geb. 11. 7. 80 zu Stutig, gest. 26. 6. 08 zu Helmstedt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

11. Gau. Vorort Hamburg.

Wegen Erkrankung unseres Gauvorstehers, Kollegen Deinhard, sind sämtliche den Gauverband betreffenden Angelegenheiten bis auf weiteres mit dem Unterzeichneten zu erledigen.

Der Gauvorstand.

J. A.: A. Neumann, NW-Strasse 13, 1. Et.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend eruchtet, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Bernau. Wenn mir Ende vorigen Jahres gelegentlich der Schilderungen hiesiger Verhältnisse in Drechslerkreise glaubten, die Löhne seien auf dem tiefsten Niveau angelangt, so sollten wir uns getäuscht haben. Weitere Lohnabzüge sind vorgenommen worden, so daß es heute nicht zu den Seltenheiten gehört, wenn Drechsler mit 10 und gar 7 Wochenbeholdung nach Hause gehen. Bei G. Schmalte kommt es sogar vor, daß die Drechsler noch etwas zulegen müssen zu den 3, welche hier als Dampfgehd von den Arbeitern pro Woche gezahlt werden. Natürlich trägt an solchen Zuständen niemand anders schuld, als die schlafmüßigen Kollegen in der Werkstatt selbst. Die Belehrungen unsererseits fielen auf unfruchtbar Boden, wir predigten tauben Ohren. Im übrigen herrscht hier am Orte unter den Kollegen geradezu eine strafwürdige Gleichgültigkeit. Kollegen Bernaus, soll das so fortgehen? Ginein in den Verband, ehe es zu spät ist. Glaubt nicht, daß Euch die gebrochenen Tauben in den Mund fliegen oder Eure Arbeitgeber die geschilderten Mißstände freiwillig beseitigen. Ihr müßt sie dazu zwingen; dazu ist aber der erste aller Kräfte. Jeder muß sein Teil dazu beitragen, jeder stelle seinen Mann, dann wird es besser werden; vielleicht kommen wir dann recht bald in die Lage, die Spalten der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu benutzen, um auch einmal gute zu berichten. In anbetragt der traurigen Zustände in der oben angeführten Schmalte'schen Drechslererei erlauben wir speziell die Kollegen, um sich vor Schaden zu bewahren, die Schmalte'sche Werkstatt nicht zu überlaufen, ihr vielmehr fernzubleiben.

Corbetta. In Nr. 22 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bat man mir die Kollegen, nicht eher nach hier zu kommen, als bis man ein günstiges Resultat von uns hört; trotzdem sind uns sogar einige Verbandsmitglieder in den Rücken gefallen und zwar je

einer bei Thiene und Alderman. Namen wollen wir noch nicht nennen, weil zu erwarten steht, daß sie die Buben räumen. Wie soll man denn die Disziplin unter den am Orte geborenen und erzogenen Kollegen aufrechterhalten, wenn die fremden Kollegen uns den Kampf illusorisch machen resp. erschweren? Es macht schon keinen guten Eindruck auf die einheimischen Kollegen, daß bei Thiene 7-8 Mann fremde Kollegen (unorganisierte) arbeiten; gerade dadurch fällt es uns schwer, alle Kollegen am Orte an uns zu fesseln. Die einheimischen organisierten Kollegen schauen stets auf das Tun und Treiben der Fremden, um von diesen lernen zu können. Also, Verbandskollegen, kommt nicht nach hier, so lange wir nicht andere Verhältnisse geschafft haben. Es kann doch auf die hiesigen Kollegen nicht günstig wirken, wenn diese auswärts arbeiten müssen und die fremden setzen sich für die alten Löhne und unter sklavenmäßiger Behandlung hier fest. Wir werden alles daran setzen, um auch die bei Thiene arbeitenden unorganisierten Kollegen für uns zu gewinnen. Kollegen, wir hoffen, daß Ihr uns in diesem Kampfe insofern unterstützt, als Ihr von hier fernbleibt!

Forst i. d. L. Den Uebergang zur erhöhten Beitragszahlung hat unsere Zahlstelle gut überstanden. Obgleich die gegen Erhöhung der Beiträge waren, fügt sich doch jeder in anerkannter Weise in das Unvermeidliche. Nur ein einziger (Theodor Tiehle) glaubte zu verhungern, wenn er den erhöhten Beitrag zahle und ließ sich streichen. Obgleich er langjähriges Mitglied war, kann er doch nicht begreifen, daß es höchst verwerflich ist, das höchste Gut eines jeden Arbeiters seine Organisation, achlos beiseite zu werfen und ungerneit sein Heil in Gesang- und Klümbereinen zu suchen. Der erhöhte Beitrag ist für jeden ein Opfer, das um so schwerer ist, je niedriger der Lohn ist. Es müßte aber gern gebracht werden in dem Bewußtsein, daß dadurch vom 1. April viel Not und Elend gemildert wird, ganz abgesehen davon, daß jeder in die Lage kommen kann, die Arbeitslosenunterstützung für sich in Anspruch zu nehmen. Unsere Mitgliederzahl hat 80 erreicht. Ein Beweis, daß wir vorwärts kommen. Und wir werden und müssen auch weiter kommen, denn unsere „berühmt“ niedrigen Löhne müssen höher werden, wollen wir bei den bevorstehenden Erhöhung der Wohnungs- und Lebensmittelpreise nicht noch mehr darben. Zu darum jeder mehr als bisher seine Pflicht, zu der auch gehört, daß jeder die Versammlungen besucht. Jede jeder den Voratz, mit aller Kraft für Verbesserung der Verhältnisse einzutreten, und schöner Erfolg wird eines jeden Mühe und Arbeit lohnen. Keiner darf sich beeinflussen lassen durch das Gebaren jener Schmarotzgermenschen, die sich die Ertragsgewinne der Organisation wohl gefallen lassen und ausnützen, die Organisation selbst aber scheuen, weil Mitglieder und Mitglieder nach ihrer Meinung zu viel Geld kosten. Als lächerlich dumm muß jeder eine Meinung wie die der Sparsüchtigen Arbeiter bekämpfen, die behaupten, ohne Organisation alles zu erringen. Wenn nun gar erst jene früheren Auchtologen, die behaupten, daß organisiert sein nur fröhlich nötig war, oder jene, die, weil sie augenblicklich kein Vertrauen zur Ortsverwaltung, und zwar zu keiner, haben, abziehen, und uns nun Mitglieder wegziehen wollen, so betrachte jeder solches Gerede als krankhafte, allen Fortschritt hemmende Erscheinungen, die zu beseitigen eines jeden heilige Pflicht sein muß. Darum fort mit aller Zähigkeit und Gleichgültigkeit, trete jeder nach Kräften für unsere Organisation ein, damit erfreulichere Zustände in unserer Zahlstelle eintreten.

Geßlar. Daß Einigkeit stark macht, haben die Kollegen der Dampfzischerei von Fr. Wagner an sich erfahren. Drei der Kollegen hatten sich dem sozialdemokratischen Wahlkomitee am 16. Juni zur Verfügung gestellt und wurden von Herrn Wagener, der, beiläufig bemerkt, in Mannheim Verwaltungsbeamter, unserer Organisation war, am anderen Tage gekündigt. Darob große Entrüstung auch bei den Indifferenten. Eine dreigliedrige Kommission, zwei organisierte und ein unorganisierter Kollege, verlangte mit Erfolg die Zurücknahme der Kündigung. Daß der Kollege doch einen großen Nutzen und Zweck hat, hat Herr Wagener den Indifferenten bewiesen, denn letztere erklärten, von jetzt ab dem Verbands angehören zu wollen, ausgenommen sind einige Militärkärwärmer, die sich zur Erkenntnis der Zusammengehörigkeit nicht hindurchbringen können. So agitieren die Arbeitgeber unermüdet für unsere Sache; es werden unsere Arbeit zu unseren Freunden. Den sendenden Kollegen sei es ans Herz gelegt, erst auf der Herberge oder bei der Lokalverwaltung sich zu orientieren, bevor sie ihre Kraft den Unternehmern verkaufen. Das Umschauen ist zu vermeiden.

Kolberg. Der Geschäftsführer der G. m. b. H. G. S. G. S. & Maaf sendet uns unter Verufung auf § 11 des Preßgesetzes folgende Berichtigung:

Die in Nr. 25 der Holzarbeiter-Zeitung auf Seite 208 abgedruckte, die Firma Gellert & Maaf in Kolberg betreffende Notiz aus Kolberg ist unwahr. Die Löhne, welche die Firma Gellert & Maaf an die aus Berlin engagierten Tischler zahlt, sind vor dem Engagement entsprechend dem Vorschlag der Tischler in Berlin festgesetzt. Dies haben die in Berlin engagierten Tischler Paul Schenke und Norbert Schalin auch schriftlich zugestanden, auch die Auskömmlichkeit der Löhne eingeträumt. Die in Berlin engagierten Tischler stehen bis auf einen, welcher aus unbekanntem Gründen Kolberg verlassen hat, noch bei der unterzeichneten Firma in Arbeit und sind mit den vereinbarten Löhnen bisher zufrieden. Unwahr ist insbesondere auch, daß das in der fraglichen in Nr. 25 der Holzarbeiter-Zeitung abgedruckten Notiz erwähnte Inserat in der Fassung erlassen ist, und daß den Arbeitern übertriebene Versprechungen gemacht sind.

Möbelfabrik Gellert & Maaf, Kolberg.

Die Firma überieht ganz, daß unsererseits lediglich die Aufgabe festgestellt ist, welche Summe den engagierten Berlinern ausbezahlt werden soll, welche Summe den engagierten Berlinern nicht, ist eine Sache, die uns nicht kümmert. Ob die Berliner mit der ihnen gegebenen Summe auskommen konnten oder nicht, darüber sich zu äußern, haben wir von der Firma keine Verantwortung gegeben, denn unsererseits ist weder der „Ausförmlichkeit der Löhne“ noch von „Löhnen“ überhaupt ein Wort gesagt worden. Unsere Bemerkung am Schlusse der Notiz: „Wer Lust hat zu solchen Freisen hier in Kolberg zu arbeiten, der laute nicht.“ bezog sich lediglich auf die in unserer Notiz angegebenen niedrigen Akordpreise.

Die Red.

Lauterberg a. Harz. Um irrigen Meinungen, die zum Teil laut geworden sind, zu begegnen, teilen wir den Kollegen hierdurch mit, daß der Streit bei der Firma Kaufmann,

Pinselfabrik, unverändert fortbauert, wenn es auch eine Reihe Arbeitswilliger als ihre höchste und schönste Lebensaufgabe betrachtet hat, den Streitenden den Kampf nahezu auszumühen. Ganz besonders aber glaubten letzteres zwei organisierte Kniestädter, Brand und Ernst, Eidenz zu diesem Zweck nach Lauterberg gekommen sind, trotzdem in ihrem Organ bekanntgegeben wurde, daß bei der Firma Kaufmann Differenzen ausgebrochen sind und die Kollegen gekündigt haben. Ob auch in dem betreffenden Organ vor Zugang nach hier gewarnt wurde, wissen wir nicht. (Ja. D. Red.), auch nicht. Ob nicht vielleicht nur aus dem Grunde der Differenzen Erwähnung getan wurde, um den organisierten Kniestädtern einen Wink zu geben, genannte Dube für sie zu gewinnen. Jedenfalls hätten wir nicht geglaubt, daß sich dies Verbänden über zu einem Streikbrecherverband auszuwachsen würde, um überall da dem Unternehmertum helfend beizutreten zu können, wo es sich die Kollegen zur Aufgabe machen, der Willkür des Unternehmertums und der weiteren Ausbeutung der Arbeiter durch dasselbe ein Ziel zu setzen. Es mag ja den Kniestädtern schon längst ihr sehnsüchtiger Wunsch gewesen sein, in genannter Fabrik, in der sämtliche nun ausständige Kollegen dem Holzarbeiterverbande angehört, ihr Banner entfalten zu können; doch dürften sie auch bei den jetzt dort beschäftigten Arbeitswilligen, es sind dies außer oben angegebenen, Peter Kösch, Erlwein, Schneider, Jung und Müller aus Harbis und Christof Seidel aus Emden, der schon zu verschiedenen Malen hier gearbeitet hat, wenige Anhänger finden, denn von diesen hat überhaupt keiner einen Groschen zu Verbandszwecken übrig. Es soll damit jedoch nicht gesagt werden, daß wir etwa diese Sorte von Kollegen den Kniestädtern nicht gönnen würden, im Gegenteil von Herzen gern, wobei doch dann der Streikbrecherverband fertig, wie er im Buche steht, wenn er es nicht so wie so schon ist. Die Firma selbst kämpft in einer Weise gegen uns, von der wir weiter garnicht sprechen wollen. Es mag hier nur erwähnt werden, daß dieselbe vor keinem Mittel zurücksieht, um den Kollegen, die auf die Ehre, in genannter Fabrik wieder beschäftigt zu werden, verzichten, die Abreise zu erschweren. So durfte der Holsfuhrmann, der für vier verheiratete Kollege die Möbel zur Fabrik bringen sollte, dies nicht tun, weil die Firma, für die er fährt, ihm dies verboten hatte. Gätte die Firma uns auch noch die Beförderung auf der Bahn erteilen können, sie würde dies gewiß auch getan haben. Auch bei den hiesigen Geschäfts- und Kaufleuten sprach die Firma vor und erkundigte sich, ob die abreisenden Kollegen etwas schuldig seien. Welchen Motiven diese Handlungsweise entspringt, dies zu erraten, dürfte niemandem schwer fallen. Der Firma aber wollen wir hier an dieser Stelle verraten, daß die sämtlichen Kollegen, die sich im Streit befinden, schuldenfrei aus Lauterberg fortgehen und geben ihr den Rat, sich lieber etwas mehr um die Schulden ihres bis über die Ohren in denselben stehenden, Gott und die Welt anpumpenden Meisters zu bekümmern. Daß es der Firma nicht ganz anerkent ist, einen nach dem anderen ihrer besten Arbeiter abreisen zu sehen, wissen wir wohl, noch schwerer aber muß es für dieselbe sein, sehen zu müssen, wie trotz des geheimen Rundschreibens und der schwarzen Listen, welche sie an alle Pinself- und Bürstenfabriken verschickte, alle abgereisten Kollegen in zum Teil recht guten Stellungen untergebracht werden konnten. Deshalb Kollegen allerorts, haltet den Zugang nach hier nach wie vor streng fern, denn die Firma dürfte schon eingesehen haben, daß sie mit ihren Arbeitswilligen nicht für immer bestehen kann.

Mürnberg. Seitens der Sektion der im Holzarbeiterverbande organisierten Schreiner wurde zum 20. Juni eine öffentliche Schreinerversammlung einberufen. Zu dieser waren der Vorsitzende und die Mitglieder der sich hier aus früheren Mitgliedern der Holzarbeiter gebildeten Lokalorganisation eingeladen und auch erschienen. In ausführlicher Weise behandelte Kollege Werthmüller das Thema: Unsere Stellungnahme zu den Errungenschaften vom Jahre 1899. Er betonte besonders, daß die Arbeiter ohne große Kämpfe errungen und wesentlich der ausgezeichneten Tatkraft und Führung der Kollegen Eisinger und Stein zu danken seien. Leider habe sich das Unternehmertum die 1901 hereingebrochene Krise zu nütze gemacht, die Löhne und Akordpreise herabgesetzt, die Arbeitszeit durch Einlegen von Ueberstunden, für die kein Aufschlag bezahlt wurde - verlängert, und dadurch der Neunstundentag illusorisch gemacht. Eine große Anzahl, besonders älterer Arbeiter wurde auf's Pfahler geworfen. All dies wirkte entmutigend auf die Kollegen. Zu alledem gefellte sich noch der Streit über die Arbeitslosenunterstützung, der glücklicherweise in allen Städten Deutschlands, außer in Nürnberg, längst als überwunden gilt. Sehr recht hatte Kollege W. (der ja in früheren Jahren auch zu den Begütern zählte), als er sagte, daß, wie uns die Arbeitslosigkeit während der Krise bewiesen habe, die Arbeitslosenunterstützung absolut notwendig sei. Uebergehend zur Frage, was nun zu tun sei - da sich die Geschäftsverhältnisse doch leidlich wieder gebessert und zudem die Ausstellung von 1906 immer näher herankommt - ermahnte er die Kollegen, sich wieder zusammenzufinden, den kollegialen Geist zu pflegen und all das Geschehene zu vergessen, denn nur durch Einigkeit, gleichviel ob oder wie organisiert, sei etwas zu erreichen. Die bisher Indifferenten haben sich zu organisieren und dem Deutschen Holzarbeiterverbande beizutreten, der alte Ruf der Schreiner Nürnbergs könne nur wieder zur Geltung kommen durch Einigkeit. Nach dem mit vielem Beifall aufgenommenen Ausführungen meldete sich ein Lokalist, Herr Renner, früher Vorsitzender der Schreinersektion, zum Wort. Er verlas eine Statistik der Löhne seiner Lokalorganisierten Mitglieder (106), die uns Veranlassung gibt, später einmal darauf zurückzukommen. Bemerkte muß werden, daß Herr Renner in seinen Ausführungen die Absicht hatte, dem Deutschen Holzarbeiterverband eins auszumischen, denn es ist eben nicht wahr, daß, wenn wir in Nürnberg unsere Errungenschaften aufrecht erhalten wollen, wir beim Hauptvorstande erst ein halbes Jahr oder ein Vierteljahr vorher um Genehmigung nachsuchen müssen und daß derselbe es jedenfalls ablehnen werde uns die Genehmigung zum Eintritt in eine Lohnbewegung zu geben. Diese wider besseres Wissen gemachten Ausführungen fanden enthusiastischen Beifall bei den Lokalorganisierten. Kollege Eisinger ermahnte in kernigen Worten ebenfalls zur Einigkeit. Was sollen die heute hier anwesenden indifferenten Kollegen denken, wenn sie sehen, wie alte Kollegen, die früher Schlichter an Schlichter miteinander

gekämpft und gerungen haben, sich jetzt gegenseitig beschließen. Daraus mit der Sprache, Ihr zerfleischt Euch gegenseitig und wisst nicht warum, erklärt das offen und ehrlich; werdet wieder einig, werdet wieder Kollegen, damit wir gemeinsam den Kampf für unsere Interessen führen können!" So schallte es durch den Saal. Kollege Stein, der wieder als Sündenbock hahnen mußte, führte den Ruf eines Lokalführers aus, daß es Verrat an der Arbeiterfrage sei, wenn angeichts der Tatsache, daß das Unternehmertum sich immer enger zusammenschließt und sogar von der Regierung verlangt, den Ausbau der Arbeiterfrage einzustellen — einzelne Kollegen die Verhöhnung und Unelmigkeit systematisch betreiben. Der Lokalführer Böhler brachte wiederholt sein Stedenpferd vom Dittschen Streit zur Sprache. Er erhob die alten Beschuldigungen, faßelte vom Strauchrittertum und pries natürlich die Einrichtung der Lokalorganisation, welcher gegenüber der Deutsche Holzarbeiterverband eine Null sei. Inzwischen war folgender Antrag eingelaufen: Die heutige Versammlung der Schreiner Nürnberg beschließt, an der Durchführung der 64 stündigen Arbeitszeit vom Jahre 1899 mit Beibehaltung des bisherigen Stundenlohnes und Bezahlung von 25 pZt. für Ueberstunden festzuhalten und diese Forderung der hiesigen Schreinerinnung auf neue vorzulegen; ferner alles aufzubieten, derselben Geltung zu verschaffen. Dieser Antrag wurde gegen eine Stimme von ca. 600 Anwesenden angenommen. Bis hierher wäre die Sache so leiblich gegangen, wenn sich nicht einige Gegner von neuem bemüht hätten gefunden, wiederholt gegen den Deutschen Holzarbeiterverband und einzelne unserer Kollegen Vorwürfe zu erheben; daß dabei unseren Kollegen die Schuld ausging und der Ruf laut wurde, wir wollen mit Euch nichts mehr zu tun haben, ist entschuldbar. Nach weiteren Ausführungen des Herrn Janner, Vorsitzender der Lokalorganisation, der unsere Kollegen wiederholt provozierte, so daß ein allgemeiner Tumult sich erhob, fielen von seiten der Lokalorganisation die Worte „Kampf dem Deutschen Holzarbeiterverband bis auf Messer.“ Nun wohl, wir werden den Kampf aufnehmen, einmischen werden wir aber unsere eigenen Wege gehen. Kollege W. richtete zum Schluss noch mahnende Worte an die Kollegen, nach wie vor dem Verbande treu zu bleiben und für denselben zu agitieren, dann müßte und würde es auch einmal in Nürnberg wieder besser werden, trotz alledem. An die nach Nürnberg zu oder durchreisenden Kollegen riefen wir die Mahnung, aus dem geschätzten bedauerlichen Vorkommnis die Lehre zu ziehen, daß ihr Platz nur in der Allgemeinheit der wahren Organisation, dem Holzarbeiterverband, sein kann. Kollegen Nürnberg, wir haben den Versuch gemacht, eine Einigung zu erzielen, es ist uns nicht gelungen, mag man uns wenigstens aus unseren Reihen keinen Vorwurf machen; was von drüben kommt, kann uns gleichgültig sein. Und nun, ihr denkenden, einsichtigen Schreiner Nürnberg, auf zu neuer Arbeit!

Vom schwäbischen Oberland. Wenn wir in letzter Nummer unseres Organs geäußert haben, daß die Zentrumsführer die Arbeiterbewegung deshalb zu spalten suchen, damit die herrschende Klasse den Arbeitern den aus ihrer Arbeit schuldigen Tribut nicht zu zahlen braucht, so wollen wir heute die Frage aufwerfen: „Wird von jenen „Arbeiterfreunden“ der Arbeiterstand als gleichberechtigt mit den anderen Klassen der Gesellschaft angesehen?“ Diese Frage muß kurzweg mit einem entschiedenen Nein beantwortet werden. Unbestritten muß es bleiben, daß es auch bei uns Mode wurde, „vom schlichten Mann aus der Werkstatt“ zu sprechen, doch in der Tat sieht es anders aus. Die Rembold, Erzberger usw. sind gewiß keine schlichten Männer aus der Werkstatt. Jene Herren kümmern sich nicht um die Bedürfnisse der Arbeiter, sonst hätten unsere Kollegen nicht permanent über Lohnabzüge, wie in Ravensburg, zu klagen, sonst wären wir nicht gezwungen gewesen, uns in mehreren Versammlungen mit der Frage zu befassen, wie diesen Lohnrückereien am besten zu begegnen sei. Nach dieser Richtung kann nur Besserung erzielt werden, wenn wir uns nicht spalten lassen, sondern vereint marschieren und dann auch vereint kämpfen. Mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, ist die beste Sozialreform für den Arbeiterstand und müßte dementsprechend als Motto der herrschenden Klassen gelten, wenn man den Arbeiter als gleichberechtigt betrachten würde. Oder soll denn der Arbeiter ewig mit den Profanen vertrieben nehmen die von der Herren Tische fallen? Die Unzufriedenheit selbst in katholischen Arbeitervereinen kann heute von niemand mehr geleugnet werden. Sagte doch selber Arbeitersekretär Giesberts auf dem Delegiertentage der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, daß man dem Zentrum heute noch Sünden von vor 20 bis 30 Jahren vorwerfe, besonders werde im Rheinland die Stellung durch den Zolltarif immer schwieriger. Obwohl die katholischen Arbeitervereine keine politischen Vereine sein wollen, nahm der Delegiertentag einstimmig eine Resolution an, worin es für die „unbedingte Pflicht aller katholischen Arbeiter erklärt wird, für die Zentrumspartei als die zuverlässigste und kräftigste Förderin einer christlichen Sozialreform mit aller Energie einzutreten und dieselbe in ihrem schweren Kampfe gegen ihre Gegner auf das nachdrücklichste zu unterstützen und opferwillig an der Agitations- und Werbearbeit im bevorstehenden Wahlkampf sich zu beteiligen.“

Aus gewissen Gründen dürfte es gut sein, wenn wir uns verständig auch nach dem Wahlkampf merken. Auf diesem Delegiertentag teilte der Vorsitzende, Kaplan Dr. Pieper (W. Gladbach), obwohl die katholischen Arbeitervereine keine politischen Vereine seien, noch folgendes mit:

„Es sei von einer Reihe von Wahlkreisen Rheinlands und Westfalens die Anfrage an den Zentralvorstand ergangen, ob man Arbeiter als Reichstagskandidaten empfehlen könne; leider aber sei man heute nicht in der Lage, mit solchen zu dienen, weil man jetzt noch keine geeigneten Leute zur Verfügung habe; aber infolge der Einführung der Unterrechtskurse werde man in einigen Jahren eine Anzahl passender Kandidaten empfehlen können.“

Was sagen denn die katholischen Gewerkschaftsführer zu dieser geringen Einschätzung ihrer Intelligenz? Doch die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums wird am besten in einem Artikel unseres Verbandsorgans, Nr. 39, Jahrgang 1902: „Unser Arbeiterführer in ultramontaner Gesellschaft“ illustriert. Dort heißt es in bezug auf den Mannheimer Zentrumsparteitag und den Arbeitersekretär Giesberts: „Heute blüht man um die Arbeitergunst, schmeichelt dem Lohnsklaven, empfiehlt, ihn in die ihm früher streng ver-

schlossenen Wahllokale aufzunehmen. Auch darin dokumentiert sich der Siegeszug der Arbeiter!

Diesen veränderten Zeitläuften verdankt es Giesberts, daß er der unworbenste und gepriesenste ultramontane Arbeitersekretär wurde. Vor 25 Jahren wäre er mit Seinesgleichen hohnüberschüttet von den Zentrumsgrößen in sein dumpfes Kesselhaus verwiesen worden. Nur „unter uns“ bricht auch heute noch in den ultramontanen Patriazer- und Aristokratenzirkeln der prinzipielle Haß gegen den Emporkömmling hervor.

Mit verblüffender Deutlichkeit hat sich das wieder in der „sozialen Kommission“ des Mannheimer Zentrumsparteitages gezeigt. Giesberts hatte dort eine Resolution, betreffend das Elend der Arbeitslosigkeit, eingebracht, worin auch der Staat aufgefordert wird, Schritte zur Arbeitslosenversicherung zu tun. Plötzlich kam der ultramontane bayerische Agrarier, Abgeordneter Heim, herbei und stellte zu dieser Resolution folgenden merkwürdigen „Zusatzantrag“:

„Gleichzeitig bringt die Versammlung zum Ausdruck, daß sie in einer kräftigen Abhilfe der traurigen Lage der Landwirtschaft (III) eins der besten Mittel erblickt, um die Abwanderung ländlicher Arbeitskraft nach den Städten und Industriezentren und die daraus folgende Arbeitslosigkeit zu vermindern.“

Auch wo es sich um eine rein industrielle Angelegenheit handelt, sind die Zentrumsführer immer noch in erster Linie Bauernvertreter. Ueber den „Zusatzantrag“ ist es in der Kommission zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, die Arbeiter sind in der unverkämtesten Weise beschimpft worden, so arg, daß selbst der gut gedrückte Giesberts die Schranken des Drills überbrang. Er sagte in der öffentlichen Versammlung, als seine Resolution und der famose Zusatzantrag zur Besprechung kam:

„Ich bin nicht grundsätzlich gegen den Zusatzantrag; ich bin aber der Ansicht, daß er nicht an diese Stelle gehört. Deshalb erlaube ich, den Zusatzantrag abzulehnen. Es sind gestern im Ausschuss einige Äußerungen gefallen, die ich wegen der Kürze der Zeit nicht mehr zurückweisen konnte, ich fühle mich aber genötigt, dies hier nachzuholen. Es ist gesagt worden: „Die Arbeiter fahren, wenn sie Geld verdienen, in Droschken.“ (1) Ich bemerke: die Maurergesellen sind ebenso berechtigt, für ihr Geld Droschke zu fahren, wie die Sekt trinkenden Agrarier. (Vereinzelter Bravo!) Es ist ferner im Ausschuss gesagt worden: „Der Arbeiter hat kein Recht auf Arbeit.“ Ich muß als Arbeiter dagegen Protest erheben. Soll der Arbeiter bloß die Pflicht zur Arbeit haben, und wenn er keine Arbeit hat, das Recht zu verhungern? Ich behaupte die erwähnten Äußerungen, die ich als Arbeiter nicht unbedenklich lassen kann.“ (Vereinzelter Beifall.)

Trotz Widerspruch Giesberts wurde der Zusatzantrag Geims, der mit der Sache gewiß nichts zu tun hatte, unter demnennenden Beifall der Zentrumsmatadore angenommen. — So sieht es in jenen Kreisen mit der Gleichberechtigung der Arbeiter aus. Doch wird die Arbeiterklasse auch nach dieser Richtung hin siegreich sein, schneller aber werden wir zum Ziele kommen, wenn wir den Arbeiterfreunden, die die Arbeiter in zweierlei Gewerkschaften spalten, recht bald den Kaufpaß geben. Unsere Kollegen im Oberland und im Allgäu werden trotz den schwierigen Verhältnissen recht wacker kämpfen und auf dem Posten bleiben müssen. Dann werden auch hier die Erfolge nicht ausbleiben.

Eingejandt.

Dieft man die Bekanntmachungen der verschiedenen Zahlstellen durch, so findet man, daß die reisenden Kollegen immer auf die Verbandsherberge hingewiesen werden. Leider muß aber gesagt werden, daß viele unserer Verbandsherbergen alles andere nur nicht empfehlenswert sind, und daß man schon aus verschiedenen Gründen gezwungen ist, eine Herberge zur Heimat aufzusuchen. So erging es mir auch in Kadeberg und einer Anzahl anderer mitteldeutscher Orte. Ich möchte nun besonders die Kollegen, denen an den einzelnen Orten die Regelung des Herbergswesens obliegt, ernstlich bitten, einmal Hand ans Werk zu legen, daß auch in bezug auf diesen wichtigen Punkt in unseren Verbandseinrichtungen Wandel zum Besseren geschaffen werde.

Haberland, Oberlichtenau.

Bei dem Besuch verschiedener Versammlungen ist mir aufgefallen, daß, sobald Thematata behandelt werden, die von den üblichen wirtschaftlichen oder politischen Fragen abweichen und das Gebiet der Kunst, Ethik oder schöngestigen Literatur betreffen, viele Kollegen einen nicht zu beschreibenden Widerwillen empfinden, der, wie in unserer letzten Stellmacher-Sektionsversammlung, in den Referenten beleidigender Form zum Ausdruck kam, indem die Kollegen in geräuschvoller Weise den Saal verließen und in nicht mißzuverstehender Weise ihm ihr Mißfallen bezeugten. Daß dies geschah von Angehörern einer Klasse, die heute in erster Linie darauf Anspruch macht, Bahnbrecher einer neuen Kultur zu sein, das ist wirklich beschämend.

Wenn es sich um einen Referenten gehandelt hätte, der das Thema nicht beherrschte, und die Zuhörer im Stande gewesen wären, ein sachverständiges Urteil über Form und Inhalt des Referats abgeben zu können, dann hätte man ihr Benehmen verstehen können, keineswegs aber entschuldigen. So aber handelte es sich um einen das Gebiet kennenden, tüchtigen Referenten. Wahrlich, unsere Kollegen hätten alle Ursache, auch auf den ihnen noch fremden Gebieten der klassischen und schöngestigen Literatur sich zu bilden und zu informieren, und deshalb hätten sie aufmerksame Zuhörer sein sollen, anstatt in der unschicklichsten Weise an Ort und Stelle den Beweis zu erbringen, daß ihnen noch viel zu lernen not tut.

E. Lanz, Hamburg.

Stimmen zur Generalversammlung der Zentralfranken- und Sterbekasse der Tischler zc.

In Nr. 25 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 21. Juni schlenbert der Bevollmächtigte der Zahlstelle Breslau, Paul Kähler, seine giftigen Pfeile gegen den Bevollmächtigten der Zahlstelle Köpenick, was dem Unterzeichneten Veranlassung gibt, folgendes zu erwidern. Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Köpenick hat an zwanzig dem 17. Wahlbezirk einverleibte Zahlstellen ein Zirkular geschickt, was in Nr. 25 abgedruckt und die Zustimmung aller Mitglieder unserer Zahlstelle erhalten hat. Jede Zahlstelle hat das Recht, Kandidaten aufzustellen und zu

empfehlen. Wir brauchen keinen Kaufschuttmann in der Generalversammlung, der sich nach allen Richtungen biegt, sondern Vertreter, welche die Interessen der Mitglieder voll und ganz vertreten, das hat aber der Kollege Kähler auf den letzten beiden Generalversammlungen nicht gethan, sondern stets für höhere Beiträge und für Erhöhung der Beamtengehälter gestimmt, aber nicht den entgegengesetzten Anträgen seiner Wähler Rechnung getragen. Jetzt kommt man wieder mit Erhöhung der Beiträge, die Mitglieder unserer Zahlstelle sind alle dagegen und wünschen lieber eine Zuschußklasse, den von uns gestellten Anträgen entsprechend. Die Mitglieder der 17. Wahlabteilung werden wohl selbst wissen, welchem Kandidaten sie ihre Stimme geben wollen. Jedenfalls hat der Kollege Kähler gezeigt, auf welchem Boden er steht, und sich durch sein Eingekandt keine große Sympathie erworben.

Paul Meyer,

Bevollmächtigter der Zahlstelle Köpenick, Adlershof. Die Bemerkung „Kaufschuttmann“ einem in Breslau geachteten Kollegen gegenüber, der auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung seine vollste Schuldigkeit in mindestens dem gleichen Maße getan hat als der Kollege Meyer ist ganz unangehörig. Wenn K. für höhere Beiträge stimmte, so tat er nur was zur Zeit notwendig war. Der beste Beweis dafür, daß die Beiträge erhöht werden mußten, ist der, daß die selbst erhöhten Beiträge ein Defizit seit der letzten Generalversammlung nicht verhüten konnten. Mit der fetten Regierung alles absolut Notwendigen, ist nämlich weder der Kasse noch den Mitgliedern gebietet. Die Generalversammlung ist dazu da, daß die Meinungen ausgetauscht, die Erfahrungen der Delegierten in den verschiedenen Landesteilen, in denen die Kasse Mitglieder hat, vorgetragen werden. Ergibt sich aus den Beratungen, daß es besser ist, eine Zuschußklasse zu gründen, wird das gewiß geschehen, im andern Falle wird die Kasse in ihrer heutigen Gestalt mit erhöhten Beiträgen oder herabgesetzten Leistungen bestehen bleiben. Mit einer vorgefertigten Meinung oder mit gebundenem Mandat zu einer Generalversammlung zu gehen, ist grober Unfug; und wer den Mitgliedern vorher verspricht, nur dieser oder jener Ansicht zuzustimmen, verkennt die Pflichten eines Delegierten, und ist nach unserem Dafürhalten durchaus nicht immer der empfehlenswerteste Vertreter der Mitglieder. Die Redaktion.

An die Kollegen der chirurgischen Branche!

Zu den verschiedenen Einsetzungen in der „Holzarbeiter-Zeitung“, die die Verhältnisse unserer Branche klarstellen und hauptsächlich die Einberufung eines Kongresses innerhalb unseres Berufes befürworteten, möchte ich einiges ergänzen. Die Hauptaufgabe dieser Zusammenkunft sollte sein, zu erwägen, ob die Einführung eines einheitlichen Lohns tarifs notwendig und durchführbar ist. Notwendig ist dieser Tarif auf jeden Fall. Die Verschiedenartigkeit des Arbeitshystems, nicht allein der in Betracht kommenden Städte, sondern innerhalb der einzelnen Städte selbst, ist eine ganz bedeutende. Hier hat man mit schlechtem Material, dort mit Teilarbeit zu tun, das es schwer hält, einen Vergleich der Preise auf Grund eben dieser Verschiedenheit der Arbeitsleistung herbeizuführen. Sehr oft kommt es vor, daß in der einen Werkstelle 10 bis 30 pZt. weniger gezahlt wird für ein und denselben Artikel als in der anderen. Trotzdem ist der erstere Lohnsatz nach Vergleichung und unter Berücksichtigung der Verhältnisse ein höherer.

Den Beweis möge untenstehende Tabelle führen. Es kommt hierbei gutes Harburger und schlechtes Hannoverisches Material in Betracht. Zur Erleichterung will ich, trotzdem daß Zeitüber, um diese handelt es sich, meistens nicht in Teilarbeit vergehen, sondern komplet gemacht werden, für die einzelnen Teile dieses Artikels die Lohnsätze festsetzen, sowie die geleistete Arbeitszeit in Minuten angeben. Der Durchschnittslohn ist mit 40 s pro Stunde berechnet.

	Zerstäuber Harburger Preßung		Zerstäuber Hannoverisch. Preßung	
	Lohnsatz M.	Zeit Minuten	Lohnsatz M.	Zeit Minuten
Rößchen drehen ...	2,20	240	2,40	360
Gestehen bohren ...	—,30	45	—,30	45
Zerstäuber polzen ...	—,20	30	—,40	80
anschräuben	—,70	105	—,70	105
Steigrohre anschleifen	—,40	60	—,60	90
Zusammensehen, probieren ...	1,60	240	2,—	250
Biegen ...	—,40	60	—,40	60
Zusammen...	5,80	780	6,80	990
		Lohnsatz		Zeit
Hannoversche Preßung ...	M. 6,80		990	Minuten
Harburger Preßung ...	„ 5,80		780	„
Unterschied ...	M. 1,—		210	Minuten

Aus dem Endresultat ergibt sich, daß man zur Hannoverischen Preßung gerade 3/4 Stunden länger braucht (à Gros) und dafür nur M. 1 mehr erhält. In nun einen Ausgleich in diesen Artikeln herbeizuführen, müßte auf Grund der längeren Arbeitszeit für die Zerstäuber Hannoverischer Preßung der Lohnsatz à Gros auf M. 7,20 festgelegt werden. Die Zerstäuber Hannoverischer Preßung werden wohl besser bezahlt, jedoch ist dieses Material so schlecht, daß es vor allen Dingen eine vorzüglichere Behandlung verlangt. Das Aufstampfen der geschärften Handflähe ist enorm und bedingt ein öfteres Schleifen. Entgegen den Harburger Steigrohren sind die Hannoverischen schlangenanartig gekrümmt. Die Hölzer sitzen meist auf der Seite, so daß man die Nohre leicht durchschleift, oder sind zu enge, um das nötige Quantum Wasser durchzulassen. Bei dem Wiegen des Zerstäubers geht das Steigrohr wieder in seine ursprünglich gekrümmte Lage zurück und setzt sich so dicht vor das Gestehen, daß der notwendige Luftzubrang unmöglich ist. Alles in allem läßt sich eben die Hannoverische Preßung nicht so glatt und rationell bearbeiten wie die Harburger. Ein Kenner dieser Verhältnisse wird auf Grund dieser angeführten Verhältnisse zugeben müssen, daß die längere Zeitangabe nicht zu hoch gegriffen ist.

Außer diesen Beispielen könnte ich noch mehrere und drastischer anführen, wo selbst der Unterschied ein noch viel größerer wäre. Wollen wir nun einen einheitlichen Lohns tarif frirke durchzuführen, so kommen wir nicht umhin, für viele Artikel in einzelnen Werkstellen höhere Preise zu verlangen. Mit dieser Thatsache müssen wir rechnen und sie in Erwägung ziehen und darauf vorbereiten. Wenn wir auch nicht in allen

Zeilen eine Regulierung der Alfordpreise herbeiführen können, so halte ich es doch nicht für unmöglich, ein zufriedenstellendes Resultat zu erzielen. Wie und wann dies möglich ist, darüber möchte eine Zusammenkunft aller beteiligten Kreise recht bald entscheiden.

Ferner halte ich es für dringend angebracht, der Arbeitszeit, dem Arbeitsnachweis, sowie dem Bezahlungsweisen bei dieser Gelegenheit Beachtung zu schenken. Gerade in Sachen Arbeitsnachweis wird sehr gekündigt. Mancher Arbeitgeber wird mit Arbeitsangebot überhäuft. Dadurch können diese Arbeitgeber eine Auslese vornehmen, sie können leichter und seltener, unter Vorbehalt dieser Arbeitsangebote, eine Lohnreduktion vornehmen. Mit der vorgeschlagenen provisorischen Tagesordnung vom Kollegen Siederleben bin ich vollständig einverstanden. Ein Referat über die Verhältnisse in der Hartgummibranche halte ich für wichtig. Bereits sind schon an alle in Betracht kommenden Städte Aufforderungen verandt worden, damit sich auch die Kollegen anderswo zu dieser Angelegenheit äußern. Welche man regen Gebrauch davon, auch wenn man nur eine kurze Zuschrift an den Hauptvorstand einfenbet, worin man der Notwendigkeit einer Zusammenkunft Ausdruck giebt. Nur durch die Beteiligung aller Kollegen haben wir Erfolge zu gewärtigen. Tut es im Interesse aller Kollegen und zum besten der Organisation.

Leipzig, im Juni 1903. E.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

In der Korbwarenfabrik von Karl Handtmann in Wiberach kam es Ende April d. J. zu Differenzen. Einige Mitglieder des Holzarbeiterverbandes wurden ohne ersichtlichen Grund entlassen und es hatte den Anschein, als ob die Geschäftsleitung den Plan verfolgte, den geltenden Lohnstarif zu durchbrechen. Diese Maßnahmen wurden mit einer allgemeinen Arbeitsniederlegung beantwortet und die Sperre über die Fabrik verhängt. Diefelbe wurde so gründlich durchgeführt, daß seither kein neuer Arbeiter eingestellt werden konnte und sich die Fabrik mit ihren Lehrlingen behelfen mußte. Auf die Dauer konnte auch Herr Handtmann diesen Zustand nicht ertragen; er wandte sich an den Verbandsvorstand mit dem Ersuchen, die schwebenden Differenzen durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen. Diese Verhandlungen fanden am 22. Juni statt und führten zu folgenden Abmachungen:

Zwischen Herrn Karl Handtmann und dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes, vertreten durch Herrn M. Kayser, wird heute folgende Vereinbarung getroffen:

„Der Lohnstarif vom 1. Januar 1902 bleibt auch fernerhin und zwar bis zum 1. Januar 1906 in Kraft. Er gilt jeweils als für ein Jahr verlängert, wenn er nicht ein Vierteljahr vorher gekündigt wurde.“

Die einzelnen Positionen dieses Tarifs gelten unter der Voraussetzung, daß gutes Material in ausreichender Menge geliefert wird, bei Nichterfüllung dieser Bedingung wird ein entsprechender Zuschlag gewährt.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes übernimmt insofern Garantie für das Wohlverhalten der Arbeiter in der Fabrik, als er sich verpflichtet, keine Repressalien zu ergreifen, wenn ein Arbeiter entlassen werden sollte wegen Verstöße gegen die geltende Fabrikordnung.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hebt die gegen die Fabrik von Karl Handtmann verhängte Sperre auf, und verpflichtet sich Herr Karl Handtmann, künftighin in erster Linie Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes in seiner Fabrik zu beschäftigen.

Bei einer etwaigen Veräußerung der Fabrik gilt diese Vereinbarung auch für den Besitznachfolger des Herrn Karl Handtmann.

Der Zuzug von Korbmachern nach Wiberach ist also wieder freigegeben und steht zu erwarten, daß nunmehr ein besseres Verhältnis zwischen der Fabrikleitung und den Arbeitern Platz greift.

Der Streik bei der Firma Kempf & Wetzer in Neusorg und in Mühldorf a. Jun dauert unverändert fort. Mehrere Streikbrecher haben das Eldorado bereits wieder verlassen. Zuzug ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Achtung, Modelltischler! In auswärtigen Zeitungen werden Modelltischler nach Leipzig gesucht. Wir bitten aber, Zuzug fernzuhalten, da dortselbst Differenzen bestehen.

Der Tischlerstreik bei der Firma Streil in Wurzen dauert schon vier Wochen, ohne daß eine Unterhandlung stattgefunden hätte. Vermutlich glauben die Gehr. Streil, daß die Streikenden recht bald wieder ihr Eldorado unter den alten Bedingungen aufsuchen werden. Die streikenden Kollegen, darunter mehrere, die 15-20 Jahre in dieser Fabrik tätig waren, erklärten, unter keinen Umständen unter den bisherigen Verhältnissen die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Zuzug wird von den Ausständigen vollkommen beherzigt. Wie uns mitgeteilt wird, hat eine Besprechung der Herren Streil mit dem Stadtrat stattgefunden, bei welcher Gelegenheit die Herren Streil erklärt haben, in einer öffentlichen Versammlung seien die bei ihnen gezahlten Löhne zu niedrig angegeben. Die Arbeiter haben dem Herrn Stadtrat an der Hand der gezahlten Lohnausweise den Beweis erbracht, daß ihre Angaben richtig gewesen sind. Die geringen Löhne haben bei dem Herrn Stadtrat nicht geringes Ersauern hervorgerufen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Tischler in Guben sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 59½ auf 56 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 5 & pro Stunde. Zuzug ist fernzuhalten.

In der Dampfzischlerei von J. Glier in Breslau legten am 22. Juni 46 Tischler die Arbeit nieder. Ursache waren die Wzige von Löhnen, obwohl im Alford noch Ueberfluß vorhanden war. So erhielt ein Tischler für drei Tage geleistete Arbeit A 9,45, für 5½ Tage der nächsten Woche gar nur A 7,95. Ein Familienbater arbeitet die ganze Woche, des Sonnabends trägt man ihm 36 & ein und diese werden noch auf Krankengeld abgezogen, so daß für eine Woche geleistete Arbeit der Mann nicht einen Pfennig Lohn erhält. Und so sind noch ähnliche Fälle zu verzeichnen. Nach zweitägigem Streik konnte mit der Leitung des Holzarbeiterverbandes ein Vertrag abgeschlossen werden, wonach unter anderem festgelegt wurde, daß für

zuerst gefertigte Arbeiten, bei der das Kopfgeld verdient wurde, dasselbe nun garantiert wird.

Der Streik in der Möbelfabrik von Hahn & Witte, Ottensen-Altona, dauert unverändert fort. Wir machen die Kollegen besonders auf einen Herrn Reichert, Bildhauer aus Altona, aufmerksam, der versucht, Tischler und Drechsler von auswärts unter allen möglichen Beschuldigungen für die Firma heranzuziehen. Auch die Innungsbehörde werden benutzt, um Arbeitskräfte zu erhalten; aber bis jetzt war der Liebe Müß umsonst. Die Kollegen werden ersucht, obige Fabrik zu meiden.

Der Tischlerstreik in Triefst um Eringung der neunstündigen Arbeitszeit dauert bereits sieben Wochen. Die „Blener Arbeiterzeitung“ schreibt über den Streik:

„Die Tischler sind in Triefst die am schlechtesten bezahlten Arbeiter und haben noch den zehnstündigen Arbeitstag, während anderwärts beinahe durchgehends der neunstündige Arbeitstag erlärmpft worden ist. Die Unternehmer wollten nach einem Jahre nicht nur nichts gewähren, sondern überhaupt die Forderungen der Arbeiter keiner Prüfung unterziehen. Dabei klagen sie, daß die Holzindustrie in Triefst zu Grunde geht, als ob durch solche Engherzigkeit eine Industrie überhaupt florieren könnte. Durch vier Wochen haben die Unternehmer nicht verhandeln wollen; sie haben von Montag zu Montag abgewartet, daß die hungernden Arbeiter gebeugten Hauptes in die Werkstätten zurückkehren werden. Nach vier Wochen, während welcher sie von der ganzen Presse getadelt worden sind, beschloffen die Unternehmer, eine viergliedrige Kommission zu wählen, die, mit Vollmacht ausgestattet, die Verhandlungen einleiten sollte. Die Arbeiter gingen darauf ein, wählten eine viergliedrige Kommission mit Vollmacht, und nachdem die Verhandlungen zwei Tage dauerten, und nur nebensächliche Fragen erledigt worden waren, erklärten die h e v o l l m ä c h t i g t e n Vertreter der Unternehmer, daß sie über die Hauptfragen — Verkürzung des Arbeitstages und Lohnerhöhung — in keine Debatte eingehen können. Es wurde von ihnen ein Schiedsgericht vorgeschlagen, dem die zwei Forderungen unterbreitet werden sollten. Die Arbeiter nahmen auch diesen Vorschlag an; als es sich aber darum handelte, zur Wahl des Vorsitzenden und des Schiedsgerichts zu schreiten, erklärten die h e v o l l m ä c h t i g t e n Vertreter der Unternehmer, daß sie zum Vorsitzenden nur den Gewerbe-Inspektor, Ingenieur C o g l i e v i n a annehmen können, weil sie von den Genossenschaftsmitgliedern den bestimmten Auftrag bekommen hatten, keine andere Person anzunehmen. Nun muß in Erwägung gezogen werden, daß der hiesige Gewerbe-Inspektor sich durch sein arbeiterfeindliches Benehmen bei der ganzen Arbeiterklasse verhaßt gemacht hat, so daß jeder andere hätte angenommen werden können als dieser Ignorant, der sich einbildet, daß er nicht über Arbeiterschicksal, sondern über Industrieschutz zu wachen hat. Die Unternehmer beriefen wieder eine Versammlung ihrer Genossenschaft ein, und in derselben wurde beschlossen, daß nur ein Schiedsgericht mit dem Gewerbe-Inspektor als Vorsitzenden angenommen werden könne. Ein schönes Schiedsgericht, wo die eine Partei der anderen den Vorsitzenden aufdrängen will! Ein Mitglied der Genossenschaft, welches sich getraute, gegen ein solches Vorgehen das Wort zu ergreifen, wurde von den höflichen Kollegen geprügelt, mit zerrissenen Kleidern hinausgeworfen und der Wache übergeben. Dagegen verhalten sich die Arbeiter musterhaft, so daß die ganze öffentliche Meinung für die Streikenden ist. Die Triefster Arbeiter haben in wiederholten Versammlungen beschlossen, den kämpfenden Genossen beistehen zu wollen, damit sie nach schwerem Kampfe den Sieg davontragen. Die streikenden Arbeiter haben bereits erklärt, daß sie vorläufig auf jede Lohnaufbesserung verzichten, wenn ihnen der R e u n i u n g e n t a g gewährt wird.“

Aus den Bernen der Holzbranche.

Achtung, Kollegen! Zeugen gesucht! Die „Arbeiterstimme“, offizielles Organ des Allgemeinen Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wird von dem Möbelfabrikanten L u z in Kreuzlingen wegen eines Artikels, in welchem die niedrigen Löhne und die Art der Lohnauszahlung kritisiert wird, gerichtlich belangt.

Kollegen, welche bei der genannten Firma in Arbeit standen und über die angegebenen Punkte, sowie über das Verhalten des Herrn Luz gegenüber dessen Arbeitern überhaupt, Auskunft geben können, werden gebeten, an den Redakteur der „Arbeiterstimme“, Fr. Thies in Bern (Schweiz), unter genauer Angabe der Adresse umgehend Bericht zu geben.

Ganz besonders bitten wir die K o n s t a n z e r Kollegen, die doch aus allernächster Nähe mit dem Geschäft des Herrn Luz in Berührung gekommen und gewiß gut unterrichtet sind, dem Genossen Thies bei der Beweisführung der ihm mitgeteilten Tatsachen behülflich zu sein.

Das ist tatsächlich grober Unfug. In einer Versammlung der Vereinigung der Berliner Bettstellen- und Schlafzimmerebelfabrikanten Berlins kam eine Angelegenheit zur Sprache, die, wenn die angegebenen Tatsachen wahr sind, geradezu Kopfschütteln erregen muß. Im Protokoll, das die „Fachzeitung“ veröffentlicht, heißt es:

„Dann wurden die Landpartien der Gesellen zur Sprache gebracht. Bei dieser Gelegenheit leisteten sich dieselben einen Unfug, der ganz energisch bekämpft werden muß. In den meisten, ja beinahe in allen Fällen, wenn Landpartien gemacht werden, gehen die Gesellen, also die Werkanstalter derselben, zu sämtlichen Lieferanten der betreffenden Meister schnorren; auch Bildhauer und Drechslermeister werden nicht verschont. Sie legen eine Liste vor, worauf derselbe sein Scherflein in Gestalt einiger Zwanzigmarsstücke zeichnen kann. Zu viel wird es nie, aber niemals genug. Der betreffende Tischlermeister hat von derartigem Festgehen seiner Leute keine Ahnung. Selbstverständlich muß er selbst auch beisteuern, und das nicht zu knapp. Das eingenommene Geld fließt zum großen Teil in die „Streik-Kasse“; mithin schneidet sich der Tischlermeister ins eigene Fleisch. Es möge nun ein jeder Tischlermeister seinen Lieferanten streng verbieten, etwas zu zeichnen, widrigenfalls mit ihm sofort die Geschäfts-

verbindung abgebrochen würde. Aber auch die Tischlermeister selbst mögen vorsichtig sein. Zum Beweis hierfür gab der Vertreter einer Firma zum Besten, daß vor einigen Jahren ihre Leute eine Dampfpartie gemacht hätten; der Chef hätte sich dabei sehr wohlwollend gezeigt und habe Dampfer und Diverfes bezahlt. Und siehe da, nach einigen Wochen hatte die Firma einen Streik von sechs Wochen durchzukämpfen. Das war die Quittung. . . .

Zu dem ersten Teile dieser Ausführungen äußern wir uns nicht, da weder Namen genannt noch Weise dafür erbracht worden sind, wir also nicht wissen können, was an der „Schnorren“-Geschichte wahr oder nicht wahr ist. Was den zweiten Teil der Erzählung anbetrifft, so kommt es auch anderwärts vor, daß die Arbeiter diverser Geschäfte, und zwar meistens auf Anregung der Arbeitgeber, einen Ausflug machen, an dem nicht nur das gesamte Bureaupersonal, sondern auch die Chefs sich beteiligen. Einen Teil der zu leistenden Ausgaben liefert nicht selten die Strafkasse, d. h. die in dieser befindlichen Gelder, welche den Arbeitern für Zuschüßkommen, ungenügende Entschädigung u. vom Lohn abgezogen werden. Ein Teil wird aus direkten Beiträgen der Arbeiter geleistet, und einen Teil zahlt der Arbeitgeber, um sich wenigstens einmal im Jahre als „Wohlthäter“ und als „humaner“ Arbeitgeber aufspielen zu können. Nicht selten läßt er sich auch als solchen in feucht-fröhlicher Dienststimmung feiern und anheben. Wenn das „wohlgelungene“ Fest, welches den schönen Beweis dafür erbrachte, daß Arbeiter und Arbeitgeber in trauester Gemeinschaft zusammenwirken“, vorüber ist, dann macht sich nicht selten der Regenjammer geltend in Gestalt von — Lohnabzügen. Es kam sogar vor, daß den Arbeitern der halbe Tag, den sie sich mit ihrem „wohlwollenden“ Chef vergnügten, abgezogen wurde. Da ist es denn selbstverständlich gar nicht verwunderlich, wenn ein Streik die Quittung für ein derartiges „Wohlwollen“ ist. So oder ähnlich wird es wohl auch in dem Falle gelegen haben, den der Vertreter einer Firma in obiger Versammlung zum Besten gegeben hat. Die Arbeiter täten wirklich besser, wenn sie auf das „Wohlwollen“ ihrer Arbeitgeber verzichteten, und wenn sie eine Landpartie machen wollten, die bescheidenen Kosten aus eigenen Mitteln bestreiten. Sie brauchen sich dann wenigstens nicht als „Schnorrer“ bezeichnen lassen.

Eine ganz bodenlose Gemeinheit leistet sich die „Musikinstrumenten-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer. In Nr. 23 genannter Zeitung befand sich ein Artikel, der die Gründung einer Fachschule für den Instrumentenbau als dringend notwendig bezeichnete, um das goldne Kunsthandwerk auf seiner Höhe zu halten und es durch sorgfame Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses weiter zu fördern und zu unterstützen. In einem Artikel in Nr. 25 der „Holzarbeiter-Zeitung“, dessen Verfasser ein Kenner der Verhältnisse speziell im Berliner Musikinstrumentenbau, Kollege Aug. Sidfeld, ist, wird diesem Vorschlage der „Musikinstrumenten-Zeitung“ in vollem Umfange zugestimmt, mit der Einschränkung, daß die Kosten der Schule doch zunächst diejenigen tragen müßten, die die Vorteile genießen, d. h. die Unternehmer. Weiter führt er dann des längeren aus, daß die Erfolge, welche man sich von der Fachschule in bezug auf Ausbildung eines tüchtigen Nachwuchses verspreche, doch nur ganz minimale sein könnten, fintelmalen im Instrumentenbau die Arbeitsteilung mehr als je durchgeführt und in einzelnen Branchen noch weiter in gesonderte Arbeitszweige zerlegt werde, so z. bei den Bodenmachern, deren Arbeit bei einigen Firmen schon in 6 bis 8 Teile geteilt werde. Sidfeld sagt dann w ö r t l i c h :

Bei den Z u s a m m e n s e t z e r n ist es nicht besser, neben den Betrieben in denen diese Arbeit in eine erste und zweite Hälfte geteilt wurde, gibt es eine ganze Anzahl, die die bisher von einem Arbeiter in 3-4 Tagen gemachte Arbeit in bis zu elf Teilen zerlegen.

Daß die Verwendung von Arbeiterinnen namentlich in der zuletzt angeführten Branche bereits erfolgte, geschah wohl auch nur zu dem Zweck, um für einen geeigneten N a c h w u c h s zu sorgen?

Jeder vernünftige Mensch liest aus diesen Zeilen nichts anderes heraus als was gemeint ist, daß nämlich zur Ausübung einer solchen spezialisierten Teilarbeit, die von Arbeiterinnen ausgeübt wird, keine F a c h s c h u l a u s b i l d u n g sondern nur etwas Handfertigkeit nötig ist. Es war also damit nur gesagt, daß, wenn die Notwendigkeit einer F a c h s c h u l e mit der Heranbildung eines geeigneten N a c h w u c h s e s in m a n c h e n F ä c h e r n des Musikinstrumentenbaues mit Recht begründet werden könne, dies aber bezüglich der Teilarbeit, welche die A r b e i t e r i n n e n ausüben, nicht der Fall sei.

Was hat nun die Redaktion der Musikinstrumenten-Zeitung aus den von uns wörtlich zitierten Zeilen herauskonstruiert? Hier folgt es w ö r t l i c h :

„Wie sie sich (nämlich die „Holzarbeiter-Zeitung“) aber hinreichend läßt, höhnische Ausfälle zu machen, davon gibt ihr Artikel einen neuen, geradezu empörenden Beweis. Wir hatten als einen Zweck der Fachschule die Notwendigkeit bezeichnet, für einen geeigneten Nachwuchs zu sorgen. Das gibt dem Verbandsorgan Gelegenheit zu folgender Zweideutigkeit:

„Daß die Verwendung von Arbeiterinnen . . . bereits erfolgte, geschieht wohl auch nur zu dem Zweck, um für einen geeigneten Nachwuchs zu sorgen?“

Was sagen dazu die Arbeiterinnen, die in so gemeiner Weise herungelimpft werden, die Genossinnen, deren trauriges Los“ sonst die „Holzarb.-Ztg.“ mit heuchlerischer Miene zu beklagen pflegt? Hier ist dem Wolf der Schafspelz mal heruntergezogen.“

Ist diese Deduktion der aus unserer Artikel wörtlich zitierten Zeilen nicht geradezu eine schamlose Gemeinheit?

Damit die „Musikinstrumenten-Ztg.“ ihren schmutzigen Zweck erreichte, hat sie die Worte: „n a m e n l i c h i n d e r z u l e t z t a n g e f ü h r t e n B r a n c h e“, unterschlagen und P u n k t e an deren Stelle gesetzt.

Nur unter Weglassung dieses Satzes und unter Verschweigung unserer Schilderung der Teilarbeit in den Branchen, in welchen Arbeiterinnen beschäftigt sind, war es allenfalls für jemanden — der niemanden hinterm Ofen sucht, wenn er nicht selbst schon dahinter gefesselt hat — möglich, sich Zweideutigkeiten wie die von der Redaktion der „M. S. Ztg.“ gemeintem heraus zu kon-

Berufsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 4.)

Altona. Am Mittwoch, 8. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn P. Christianen, Blumenstr. 41. Tagesordnung: 1. Abstimmung über die Aufhebung des Altonaer Arbeiters-Verbands und Kartells. 2. Der Streit bei Hahn & Witte. 3. Verschiedenes. Mitglieder, erscheint zahlreich in der Versammlung.

Die Ortsverwaltung.
NB. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Braunschweig. Sektion der Mobeltischler. Montag, 6. Juli, Abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Düsseldorf. Dienstag, den 7. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8.
— Sektion der Mobeltischler.
Sonntag, den 4. Juli, Abends 9 Uhr, bei Klingenhagen, Köhlerstr. 26.

— Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Samstag im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, bei Georg Fischer, Adlerstr. 44.

Friedrichsfelde. Achtung! Montag, den 18. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn F. Haberland, Wilhelmstr. 88: Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung für Tischler, Klavierarbeiter, Drechsler, Stodarbeiter, Stellmacher und Korbmacher.

Ortsnachricht. Sonnabend, den 4. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Petersen. Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Gewerkschaftsfeiern. 3. Verschiedenes.

Halberstadt. Sonnabend, den 11. Juli, bei Frankemann, Westendstr. 26.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Kue i. Erzgeb. Reiseunterstützung wird jetzt ausgezahlt Mittags von 12-1 u. Abends von 6-7 Uhr bei Max Grundmann, Mittelstr. 39.

Forchheim i. Bayern. Bevollm. Willy Gann, Zweibrückenstr. 25 1/2. Reiseunterstützung wird nicht bezahlt.

Obeslwe. Der Arbeitsnachweis befindet sich Segebergerstr. 22. Das Umschauen ist verboten. **Die Ortsverwaltung.**

Stahlfurt. Die Reiseunterstützung wird vom 1. Juli ab beim Wirt Hartung, „Gasthof zum alten Fries“, ausgezahlt.

Stolz i. N. Alle Sendungen sind zu richten an den 1. Bevollmächtigten Ernst Strauß, Holzstr. 6. Reiseunterstützung zahlt aus der Kassierer Otto Nied, Gr. Gartenstr. 42, Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr. Herberge bei Herrn Neuss, Mittelstr. 22.

Verkehrslokal bei Herrn Robert Selke, „Gewerkschaftshaus“, Poststr. 1.

Straßburg i. E. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die Herberge sich nach wie vor in der Zentralherberge, „Wäckerherberge“, Alte Kornstraße 1, bei Wwe. Schwab, befindet. Ebenfalls wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.

Berlin.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen, Alexanderstraße 31, ist streng zu meiden.

Zentral-Arbeitsnachweis der Holzarbeiter aller Branchen

wie Tischler, Pianofortearbeiter, Drechsler, Stellmacher, Bürstenmacher, Korbmacher, auch für Stodarbeiter, Verleimtarbeiter u. Kammmacher befindet sich **Engel-Ner 15,** Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.

Dieselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung und Herberge.

Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich. **Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.**

Aufforderung.

Der Tischler Friedrich Winkelman, geb. am 5. Oktober 1884 zu Wilsch, wird hierdurch aufgefordert, da seine Papiere bei mir sind, mir umgehend seine Adresse mitzuteilen.

Der Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Hannover.

Der Kollege Heinrich Rosbach, geb. am 8. 5. 58 zu Oldenrode, ist seit dem 28. Mai von hier spurlos verschwunden. Sollten Kollegen seinen Aufenthalt zu ermitteln wissen, so bitte ich um Mitteilung der Adresse.
Karl Gräfe, Kassierer,
K e m s c h e i d, Honsbergerstr. 8 b.

Kollegen und Ortsverwaltungen werden gebeten, die Adresse des Schreiners Emil Pfau aus Döhnungen, Amt Konstanz, an mich zu senden, da seine Mutter gestorben ist.
Joseph Pfau, Schreiner, Singen b. N.

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Sonnabend, den 18. Juli, im festlich geschmückten Saale des „Lustgarten“, Spielgartenstraße:

10jähriges Stiftungsfest

bestehend in Konzert (Anfang Nachm. 4 Uhr), Kinderbelustigungen, Theater, Gesangsvorträgen und Ball mit zwei Orchestern. Festrede: Kollege Alb. Böke-Hamburg. Alle Freunde und Kollegen werden hierzu freundlichst eingeladen. Ganz besonders werden unsere Einzelmitglieder hierauf aufmerksam gemacht.

Programme à 30 1/2 sind im Bureau, Fahlochsberg 5, und bei den Bezirkskassierern zu haben. [M. 5,70] Das Festkomitee.

Verwaltungsstelle Augsburg.

Am 12. Juli, Nachm. 8 Uhr:

10jähriges Stiftungsfest

im „Wittelsbacher Hof“. Hierzu werden die Kollegen Augsburgs und der Umgebung freundlichst eingeladen. [M. 8] Die Ortsverwaltung.

Ein jung, tücht. Drechsler sucht sofort Stellung. Gef. Off. an Ernst Wähner, Sterberdemühle, Post Heebfeld i. W. erbeten.

Wer gibt einem freibaren Tischler Auftrag zum Anfertigen von Möbeln? Offerten unter F. K. 71 an die Exp. d. Ztg.

Zwei jüngere Tischler stellt ein Fritz Bischoff, Bau- u. Möbeltischlerei, Wieda a. Harz.

Gummidrechsler gesucht.

Angebote sind an den Arbeitsnachweis der Holzarbeiter, Verwaltungsstelle Hannover, Calenbergerstr. 31, zu senden.

Tüchtige Büffeltischler

erhalten lohnende Beschäftigung. **Möbelfabrik Saalfeld, Helmstedt.**

Erfahrenen Fraiser, gelernt. Tischler, sucht für dauernd bei hohem Lohn **Möbelfabrik u. Dampfsgewerk Thomar i. Th.,** Gesellschaft mit beschr. Haftung.

Einige tüchtige Holzrasppler für Spazierstöcke finden dauernde Arbeit bei **Daniel Lorbs, Stodfabrik, Nürnberg.**

Tüchtigen Korbmachergehilfen sucht sofort **A. Steinlandt, Norberney.**

Gef. Korbmachergehilfen auf grüne Arbeit. **J. M. W. Heilmann, Hamburg, Antonstr. 12.**

Tücht. Korbmacher auf geschlagene Arbeit gegen guten Lohn für dauernd gesucht. **Karl Welsch, Idstein i. Taunus.**

Gesucht ein tüchtiger Korbmachergehilfe auf Geschlagen und Reparatur. Dauernde Beschäftigung. **H. Ahrens, Korbmachermeister, Rendsburg.**

Ein tüchtiger Korbmachergehilfe auf Geschlagen und Gestellarbeit findet sofort dauernde und lohnende Beschäftigung bei **F. Wehner, Jena.**

Einige tüchtige Korbmacher auf Roharbeit für dauernd gesucht. Erste sächsische Rohrkorb-Manufaktur, **C. Schlessstein, Seibronn a. N.**

Korbmacher auf grün Gematt sucht **Franz Thiele, Rippertwiese a. d. O. (Pommern).**

Gesucht 2 Korbmacher auf Mattarbeit. **L. Twosten, Wilsen a. d. Suhe.**

2 Korbmacher auf Matt und grün geschlagene Arbeit werden sofort gesucht. Reise-geld wird vergütet. **F. Schaumburg, Raumburg a. d. E., Bahnhofstr. 12 d.**

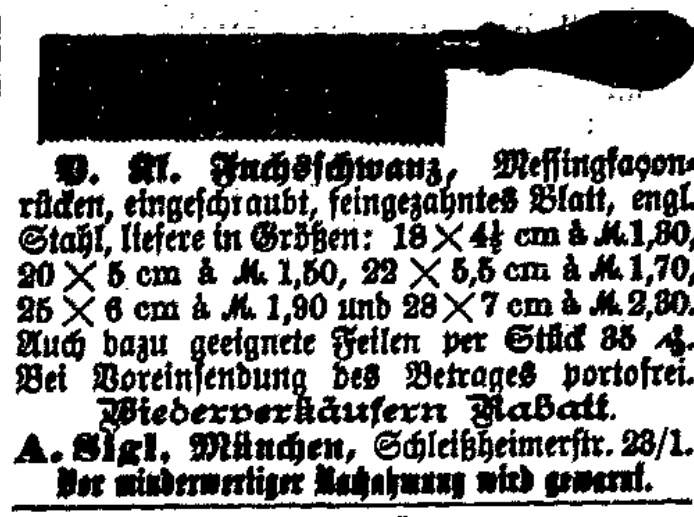
Eine gutgehende Drechslerei mit Tischlerei in der Niederlausitz ist krankheits-halber billig zu verkaufen. Off. u. C. F. 73 an die „Holzarbeiter-Zeitung“.

Genossen! Kauft nur den Meißtiff von Jean Klos, Stein bei Nürnberg.

Feinstes Pflaumenmus aus erster Hand.

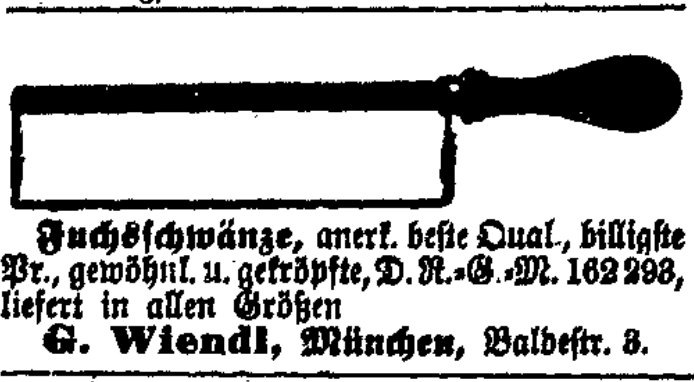
Rübel 30-60 Pfd. Inhalt, per Ztr. M. 14,-
Fächer 100 " " " " " 14,-
2/300 " " " " " 13,-
Emaillier-Timer 25 Pfd. Inhalt, per Stk. 4,50
Postfach-Timer 9 " " " " " 2,-
offertiert ab Magdeburg (unfrankiert) gegen
Nachnahme

Herm. Henschke, Magdeburg 12, Fahlochsberg 19, Rüsfabrik mit elektrischem Betrieb.

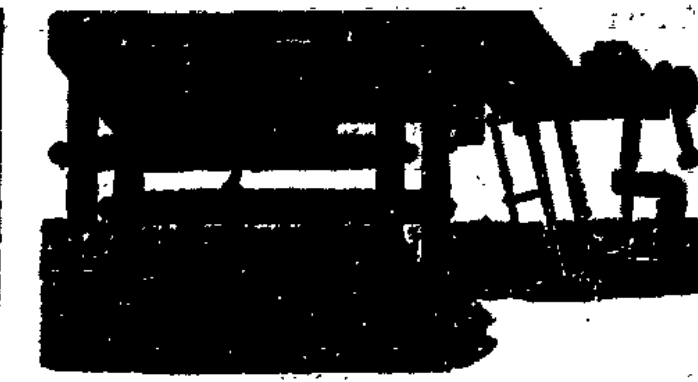


D. H. Fuchschwanz, Messingfasen-räden, eingeschraubt, feingehabtes Blatt, engl. Stahl, liefert in Größen: 18 x 4 1/2 cm à M. 1,80, 20 x 5 cm à M. 1,50, 22 x 5,5 cm à M. 1,70, 25 x 6 cm à M. 1,90 und 28 x 7 cm à M. 2,30. Auch dazu geeignete Fellen per Stk. 35 1/2. Bei Voreinsendung des Betrages portofrei. **Wiederverkäufern Rabatt.**
A. Sigl, München, Schleißheimerstr. 23/1. Vor mündlicher Nachzahlung wird gewarnt.

Hartgummi-Drechsler.
Jüngerer lediger Drechsler, mit der Fabrikation von Füllfederhaltern durchaus vertraut, für dauernd nach Süddeutschland gesucht.
Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Lohnansprüchen unter **L. F. 69** an die Expedition d. Bl.



Fuchschwänze, amerl. beste Qual., billigte Pr., gewöhnl. u. getriebte, D. R.-G. M. 162 298, liefert in allen Größen
G. Wiendl, München, Waldfstr. 8.

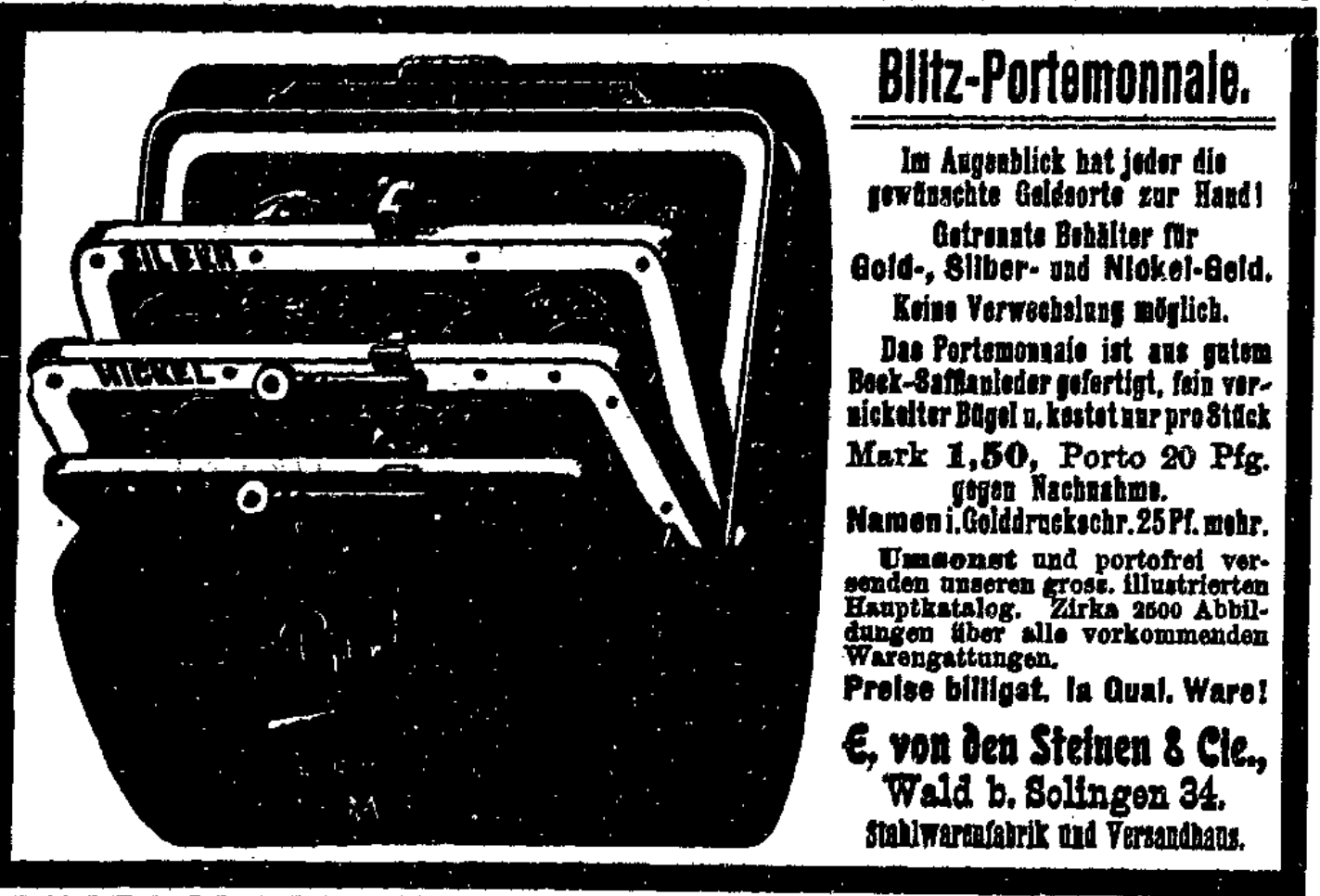


Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.
Titus Axen, Altona.
Preislisten gratis und franko.

Scherms Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter. Neue Adresse ist jetzt:
Joh. Scherm, Stuttgart, Rötterstr. 12.

Tischler-Fachschule Detmold
Drei- u. sechsmonat. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.
Zeichner, Werkführer, Meister.



Blitz-Portemonnaie.
Im Augenblick hat jeder die gewünschte Geldsorte zur Hand! Getrennte Behälter für Gold-, Silber- und Nickel-Geld. Keine Verwechslung möglich.
Das Portemonnaie ist aus gutem Beck-Saffianleder gefertigt, sein vernickelter Bügel u. kostet nur pro Stück Mark 1,50, Porto 20 Pfg. gegen Nachnahme.
Namen i. Golddrucksch. 25 Pf. mehr.
Umsonst und portofrei versenden unseren gross. illustrierten Hauptkatalog. Zirka 2500 Abbildungen über alle vorkommenden Warengattungen.
Preise billigst. Ia Qual. Ware!
€ von den Steinen & Cie., Wald b. Solingen 34, Stahlwarenfabrik und Versandhaus.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36
Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracts sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zumReinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelauflagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectificierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.